



ISS
Aktuell
2013 – Nr. 1

Zur strategischen Lage

**zu Beginn des Jahres 2013: Akteure, Organisationen,
Konferenzen und Abkommen**

Fakten – Hintergründe – Ausblick

Vorwort

Seit einigen Jahren veröffentlicht das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie halbjährlich einen Überblick zur strategischen Lage. Damit wird eine kurze, aber prägnante Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte der komplexen internationalen Situation im vergangenen Halbjahr geboten und – soweit möglich – auch ein Ausblick auf mögliche künftige Entwicklungen. Die Analysen wurden Mitte Jänner 2013 fertig gestellt.

Im Vergleich zu früheren Ausgaben wurde der grundlegende Aufbau beibehalten, aus verschiedenen Gründen aber der Abschnitt „Hot Spots“, den wir bisher hatten, gestrichen – nicht zuletzt, weil Sie hier aktuellere Informationen aus den Tagesmedien entnehmen können. Dafür haben wir einen Abschnitt zur globalen ökonomischen Entwicklung aufgenommen.

Der Bericht gliedert sich in folgende Hauptabschnitte:

1. Akteure (USA, Russland, China, Indien sowie Brasilien, EU und NATO);
2. globale ökonomische Entwicklung;
3. ausgesuchte internationale Konferenzen und Abkommen; sowie
4. ausgewählte Studien und Berichte von sicherheitspolitischer Relevanz.

Neben Zielen und Mittel bzw. deren Korrelation ist das dritte zentrale Element der Strategie bzw. des Strategischen Denkens überhaupt das Herausfiltern des strategisch relevanten Umfelds aus der komplexen und an sich unüberschaubaren Gesamtumwelt. Dieses Umfeld ist primär durch andere Akteure unterschiedlichster Art und deren Interaktionen geprägt. Durch die Abbildung des strategischen Umfelds wird für den strategisch handelnden Akteur ein Orientierungsrahmen gegeben, in dem er seine Ziele setzt und zum Teil auch seine Mittel findet. Der vorliegende Überblick versteht sich auch als Beitrag für den Strategieprozess in Österreich.

Dieser Bericht wurde von mehreren Mitarbeitern am ISS unter der Führung von Dr. Thomas Pankratz erstellt, der derzeit mit der Leitung des Fachbereichs Strategie betraut ist. Mitgewirkt haben außerdem Dr. Gerald Brettner-Messler, Dr. Gunther Hauser, Major des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. Herwig Jedlaucnik, Dr. Martin Malek, Dr. Felix Schneider sowie Oberstleutnant des Generalstabdienstes Mag. Franz Sitzwohl. Ihnen allen gebührt unser Dank – die Autoren der einzelnen Beiträge sind angemerkert; die Beiträge stehen unter der Verantwortung der jeweiligen Wissenschaftler. Selbstverständlich stehen wir für weiterführende Fragen gerne zur Verfügung.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen eine spannende Lektüre.

*i.A.: Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik ad interim*

Inhalt:

USA (Felix SCHNEIDER)	3
USA Spezial – Zur Wahl 2012 (Felix SCHNEIDER).	5
Russland (Martin MALEK)	8
Russland-Syrien (Martin MALEK)	9
China (Gerald BRETTNER-MESSLER)	11
Indien (Gerald BRETTNER-MESSLER)	13
Brasilien (Franz SITZWOHL)	15
Europäische Union (Gunther HAUSER)	18
NATO (Gunther HAUSER)	21
Globale Wirtschaftsentwicklung (Herwig JEDLAUCNIK)	23
Konferenzen und Abkommen (Thomas PANKRATZ)	26
Studien und Berichte (Thomas PANKRATZ)	30

USA

Analyse der letzten 6 Monate

Die Unwilligkeit der beiden staatstragenden US-Parteien zur Kooperation zeigte gerade in den vergangenen Monaten deutlich auf, welche Ausmaße die politische Krise in den USA in den letzten zwei Jahren bereits angenommen hat. Diese politischen in Verbindung mit den noch immer anhaltenden wirtschaftlichen Problemen der größten Volkswirtschaft der Welt prägten natürlich auch den Wahlkampf entscheidend mit. Allein in den letzten vier Jahren waren ja Rekordhaushaltsdefizite mit jeweils mehr als einer Billion Dollar zu verzeichnen gewesen. Das schwindende Vertrauen der Anleger in die US-Politik, die anstehenden Probleme rasch in den Griff zu bekommen, führten schließlich im Januar 2013 zu einer Herabstufung der Kreditwürdigkeit der USA durch die weltgrößte Rating-Agentur Standard&Poor's – was die Schuldentrückzahlung in den nächsten Jahren nicht gerade erleichtern wird. Die anhaltende politische Blockade in Washington schwächt indes auch die Stellung der USA als Weltordnungsmacht. Die ineinandergreifenden Komplexe der Wirtschaftskrise und die kostspieligen Engagements im Irak und in Afghanistan, gepaart mit dem damit zusammenhängenden Zwang zum fiskalischen Rotstift hatten und haben bereits konkrete Auswirkungen auf den globalen Akteur USA. In diesem Zusammenhang ist auch das Drängen der US-Administration zu deuten, wenn es um das ewige Thema der von den USA angestrebten neuen militärischen und finanziellen Lastenverteilung innerhalb der NATO geht. Der Grund liegt hier jedoch nicht nur in der Kostenersparnis, sondern auch in der immer deutlichere Formen annehmenden Verlagerung des eigenen außenpolitischen Schwerpunktes in den pazifischen Raum. Europa gerät dabei mehr und mehr aus dem Fokus: Welchen Stellenwert Europa im US-amerikanischen Wahlkampf hatte, wurde spätestens dann offensichtlich, als man die direkten TV-Konfrontationen der beiden Präsidentschaftskandidaten im US-Wahlkampf mit verfolgte: Der Begriff „Europa“ wurde dabei nicht ein einziges Mal genannt. Hauptkritikpunkte der US-Administration an Europa sind nach wie vor die Euro- und Sicherheitspolitik. Außenpolitisch wurde das letzte Halbjahr von der Krise rund um das iranische Nuklearprogramm geprägt. Obama sprach in diesem Zusammenhang vergangenen Herbst von der festen Entschlossenheit der USA, dem Iran den Zugang zu Atomwaffen zu verwehren. Der nordkoreanische Raketenstart vom 12. Dezember, bei dem eine nuklearwaffenfähige Interkontinentalrakete einen nordkoreanischen Satelliten in die Umlaufbahn brachte, wurde sowohl von den USA als auch der UNO einhellig verurteilt und von der US-Administration als „Provokation“ bezeichnet.

Bewertung der letzten 6 Monate

Es bleibt abzuwarten, ob sich die USA von ihrer globalen Rolle in Zukunft noch deutlicher auf jene einer speziell auf die eigenen Interessensphären abgestimmten Ordnungsmacht zurückziehen werden. Erste Ansätze der US-Außenpolitik in diese Richtung sind bereits deutlich erkennbar: Transatlantische Beziehungen werden mehr und mehr von transpazifischen Beziehungen abgelöst. Prioritäten verlagern sich. Der Blick nach Westen (und auch nach Süden) verheißt neue Absatzmärkte und geopolitische Perspektiven, die das notorisch uneinige und fiskalpolitisch kriselnde EU-ropa nicht bieten kann.

Die Stellung des Dollars als einziger Weltwährung wird vor allem nach dem jüngsten Gelddruck-Aktionen der US-Notenbank mehr und mehr in Frage gestellt. Der Übergang von der Uni- zur Multipolarität zeigt sich dabei besonders deutlich auf den Finanzmärkten: Längst haben die USA auch ihre Führungsrolle im Welthandel eingebüßt: Mit der Eurozone und China bilden sich bei den Finanzmärkten nun multipolare Strukturen heraus, die die US-Wirtschaftsstrategen veranlassen, verstärkt die „pazifische Karte“ zu spielen: die wirtschaftliche Fokussierung auf die asiatischen Märkte ist mehr als nur als ein momentaner Trend zu bewerten – und das nicht nur wirtschaftspolitisch: Mit dem wirtschaftlichen Erstarken Chinas ist den USA nicht nur ein potenter Handelspartner, sondern auch ein direkter Konkurrent erwachsen, der eine Umorientierung auch der US-amerikanischen Außenpolitik erwirkt. Es wäre jedoch verfrüht, von einem Abstieg der USA zu sprechen. Vielmehr befinden sich die USA in einer Phase der Umorientierung, was in Europa nur widerwillig und zögerlich zur Kenntnis genommen wird. Die Zurückhaltung der USA im Libyen-Einsatz der NATO oder auch im anhaltenden Konflikt in Syrien (trotz offizieller Anerkennung der Rebellen) werden jedoch bereits als Beispiele für den Wandel in der US-Außen- und NATO-Politik gesehen. Ganz allgemein kann konstatiert werden, dass sich die USA von den europäischen Verbündeten in Zukunft ein wesentlich stärkeres Engagement in Hinblick auf die Aufgaben und vor allem Verantwortungsverteilung innerhalb der NATO wünscht.

Ausblick auf die nächsten 6 Monate

Wenn auch die frühere US-Außenministerin Madeleine Albright unlängst meinte, Barack Obama werde in seiner zweiten Amtsperiode „weltpolitisch ein sehr aktiver Präsident“ sein, so beherrschen doch momentan die innenpolitischen Themen ganz und gar die Berichterstattung. Neben der - sprichwörtlich am letzten Tag des vergangenen Jahres gelungenen - Umschiffung der „Fiskalklippe“ (Ausgabenkürzungen, damit die gesetzliche Schuldenobergrenze nicht überschritten wird) bleiben die Verhandlungen um eine evtl. Erhöhung dieser Grenze trotzdem virulent. Obama hat erst kürzlich dieser republikanischen Forderung eine Absage erteilt – doch der Druck bleibt angesichts der wirtschaftlichen Realitäten ungebrochen. Auch bleibt abzuwarten, wie Obama die von ihm angekündigte „Zügelung“ (curbing) des gigantischen Verteidigungshaushaltes in den Griff zu bekommen beabsichtigt. Immerhin sollen in den nächsten 10 Jahren insgesamt 450 Mrd. US-Dollar bei den Streitkräften eingespart werden, das sind weniger als 10% des Gesamtvolumens. Neben diesen bereits mehrfach angesprochenen innen- und fiskalpolitischen Aufgaben bleiben vor allem zwei außenpolitische „Altlasten“ aus Obamas erster Präsidentschaft, die weiterhin ungelöst sind: Als erstes ist hier „winding down the war in Afghanistan“ zu nennen. Barack Obama hat angekündigt, bis 2014 die meisten US-Truppen aus Afghanistan zurückzuziehen. Unklar ist, welche und wie viele NATO-Truppen im Land verbleiben werden, um die afghanische Regierung in der zu erwartenden anhaltenden Auseinandersetzung mit den Taliban zu unterstützen. Zurzeit können die afghanischen Truppen ohne US-Hilfe diese Aufgabe jedenfalls nicht alleine lösen. Nur eine von 23 momentan in Aufstellung befindlichen afghanischen Brigaden ist zum jetzigen Zeitpunkt selbstständig einsatzfähig. Trotzdem sollen die afghanischen Sicherheitskräfte nun früher als ursprünglich geplant - die Rede ist vom

Frühling 2013 - die Verantwortung übernehmen. Das ist ein Ergebnis des Besuches des afghanischen Präsidenten Karzai im Januar 2013 in Washington. Die zweite „Altlast“ jedoch ist eine weit gefährlichere: Der Psycho-Krieg rund um die vermeintlichen Pläne des Iran, ein eigenes Nuklearwaffenpotential aufzubauen, geht weiter. Noch im August des vergangenen Jahres ließ der damalige US-Verteidigungsminister Panetta im Rahmen seines Besuches im Mittleren Osten kein Zweifel an der Ernsthaftigkeit der außenpolitischen Absichten des Weißen Hauses: "If they make the decision to proceed with a nuclear weapon ... we have options that we are prepared to implement to ensure that that does not happen." Inwieweit er damit einen militärischen Alleingang oder eine konzertierte (militärische) Aktion einer Koalition meinte, blieb offen. Tatsache ist jedoch, dass das iranische Nuklearprogramm von den USA - nicht zuletzt in Hinblick auf Israel - mit großer Sorge betrachtet wird.

USA Spezial: Zur Wahl 2012

Wahlkampf und Rückschau auf die erste Amtszeit Barack Obama

Wie führt man einen Wahlkampf auf halbem Wege? Barack Hussein Obama II hat es uns vorgemacht. Der 44. Präsident der USA setzte sich nach 2008 (gegen John McCain) auch bei den US-November-Wahlen 2012 gegen seinen republikanischen Herausforderer, den Self-made Millionär Mitt Romney, durch. Dabei war Obamas Ausgangsposition als Nachfolger George W. Bushs durchaus keine beneidenswerte gewesen. Fiskalpolitisch hatte sich die Weltwirtschaftskrise zu Beginn von Obamas erster Amtszeit vor allem aufgrund einer tief in der US-Gesellschaft verankerten (und von dieser auch im Privatsektor akzeptierten) Schuldenpolitik stärker auf die USA ausgewirkt, als auf so manch anderen westlichen Industriestaat. Dazu kamen die kostspieligen militärischen Engagements im Irak und Afghanistan, der international proklamierte „War Against Terror“ und damit verbunden explodierende Budgets für Sicherheit und Militär, die von der Bush-Administration als sakrosankt nicht in Frage gestellt wurden.

Das Image der USA als letzte verbleibende Supermacht hatte unter George W. Bush aufgrund seiner zeitweise sehr undiplomatischen und oft sogar rüden Vorgangsweise im Kielwasser von 9/11 - selbst bei den europäischen Verbündeten - stark gelitten. Die Nation ist seit Bushs Präsidentschaft gespalten, wie man es eigentlich nur aus den späten Tagen des Vietnamkrieges und der Civil Rights Movements der 60er- und (frühen) 70er-Jahren kannte. Doch George W. Bushs zweifelhaftes diplomatisches Erbe hatte für Obama auch etwas Gutes, denn: Spielt in der US-amerikanischen Gesellschaft Europa auch nicht die gleiche Rolle wie vice-versa, so entwickelte sich mit dem Amtsantritt Obamas das Verhältnis zwischen den transatlantischen Verbündeten doch schnell zurück zu alten Mustern – was Obama selbst in Europa in kürzester Zeit ein geradezu messianisches Image verschaffte. Und mag die Verleihung des Friedensnobelpreises an den ersten schwarzen US-Präsidenten vielen gar zu voreilig und damit im Nachhinein aufgrund der vielen weiterhin ungelösten außen- und weltpolitischen Probleme ungerechtfertigt erscheinen, so war diese Auszeichnung doch ein deutliches (europäisches) Zeichen in Richtung Normalisierung des damals deutlich angeschlagenen Vertrauensverhältnisses zwischen West und West.

So gesehen war Barack Obama bei den vergangenen US-Präsidentschaftswahlen der „europäische Wunsch kandidat“ schlechthin. Doch nicht in Europa wurde gewählt, sondern in den USA – und für den US-amerikanischen Wähler gelten seit jeher völlig andere Wahl-Parameter, als hierzulande – vor allem, wenn es um die Rolle der Außenpolitik und transatlantischen- sowie internationalen diplomatischen Bühne geht. Letztere sind für die Entscheidung eines „Durchschnittsamerikaners“ nämlich meist nur marginale Faktoren. Was im US-Wahlkampf wirklich zählt, sind in erster Linie innenpolitische Themen. Und von denen gab es – gerade was die erste Amtszeit Obamas betrifft – wahrlich genug. Angefangen von der Weltwirtschaftskrise, über die Implodierung des US-Immobilienmarktes, dem - trotz

staatlicher Eingriffe und „Anschmeißen“ der Notenpresse - noch immer stotternden US-Wirtschaftsmotor, den dadurch bedingt hohen Arbeitslosenzahlen bis hin zu „Obamacare“ – der US-amerikanische Bürger war bei dieser Wahl wie selten zuvor auf das eigene Land fixiert. Die Irak- und Afghanistan-„Experiences“ spielten bei dieser Wahl jedenfalls keine entscheidende Rolle. Diese Grundparameter bedeuteten für den aus dem Vorwahlkampf der „Grand Old Party“ als Sieger hervorgegangenen republikanischen Herausforderer und Self-made Millionär Mitt Romney durchaus gute Chancen, ins Weiße Haus einzuziehen, verkörperte er doch allein schon durch seine Vita für viele (weiße) Amerikaner den klassischen „American Dream“. Die republikanischen Parteigranden waren sich einig, dass Romney der beste Kandidat sei, die so wichtigen Wechselwählerschichten auf sich zu vereinen – was vor allem in den sog. „Swing-States“ entscheidend sein würde. Doch so klassisch er sich mit seinem Wahlslogan „Believe in America“ auch in Szene zu setzen versuchte, neben dem (manchmal zu) selbstsicheren Juristen der Harvard Law School machte er den wohl entscheidenden Fehler, praktisch ausschließlich destruktiv zu agieren, ohne dabei mit wirklichen Alternativen aufwarten zu können. Romney versprach einfach alles: Er wollte das gigantische US-Haushaltsdefizit in den Griff bekommen, ohne die Steuern anzutasten. Er versprach aber auch, dass sein Modell zur Sanierung des Staatshaushaltes nicht zu Lasten des Gesundheitssystems gehen sollte. Darüber hinaus vertrat er die Ansicht, dass sich Washington "schlicht aus solchen Angelegenheiten [gemeint waren wirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen] heraushalten und die freien Märkte arbeiten lassen solle" – nach dem Platzen der Immobilien, IT- und Bankenblase und der nachfolgenden, vor allem in den USA noch anhaltenden (Welt)Wirtschaftskrise selbst für den Durchschnittsamerikaner „starker Tobak“ – wird doch gerade dieses liberale Wirtschaftsmodell einer sich ausschließlich durch das „freie Spiel der Kräfte“ selbst regulierenden Marktwirtschaft zunehmend auch in den USA immer öfter in Frage gestellt. Das erklärte republikanische Ziel, aus Obama einen „one-term president“ zu machen, verfehlte Romney – nicht zuletzt aufgrund der schwachen Akzeptanz im eigenen Lager: Nicht wenige Republikaner sahen in ihm nicht viel mehr als einen (schwachen) Kompromiss, der zwischen der erzkonservativen „Tea-Party“-Bewegung und der politischen Mitte ständig hin- und her lavierte. Dabei holte den ehemaligen Gouverneur von Massachusetts bei so manch' wichtigem Wahlkampfthema schon bald seine eigene politische Vergangenheit ein: In der Abtreibungsfrage etwa hatte Romney als Gouverneur noch einen eindeutig liberalen Zugang befürwortet – als Präsidentschaftskandidat vollführte er dann eine Wende um 180 Grad. Vor allem die politische Rechte seines eigenen Lagers nannte ihn deshalb schon bald einen „Flip-Flopper“ (neudeutsch: Wendehals). Auch was seine Kritik an Obamas Gesundheitsfürsorgeprogramm anbetrifft, bewegte er sich auf sehr dünnem Eis, hatte er doch als Gouverneur von Massachusetts - vor „Obamacare“ - ein ganz ähnliches Krankenversicherungsmodell noch ausdrücklich befürwortet.

Gerade in sozialen Fragen und bei Frauenthemen tappte er im Laufe des Wahlkampfes von einem Fettnapf in den nächsten. Als „Jobkiller“ aufgrund seiner früheren Tätigkeit bei einer mächtigen Investmentfirma desavouiert, wurde er vor allem von den sozial schwachen Wählerschichten oft mit Misstrauen betrachtet, sein legendärer „Ordner voller Frauen“ machte ihn schließlich zum Gespött der kritischen Presse und ließ den bereits bröckelnden Vorsprung Obamas bei der weiblichen Wählerschicht wieder anwachsen. Romneys harte Haltung in Immigrantfragen tat ein übriges, auch die Masse vor allem des Latino-Wählersegments im Lager Obamas zu verorten. Barack Obama hingegen wurde von einer Mehrheit der US-Amerikaner attestiert, zumindest versucht zu haben, die Probleme des Landes anzupacken. Der bekannte Kolumnist Thomas L. Friedman brachte es in der „New York Times“ auf den Punkt, als er konstatierte: „[...] In the end, it came down to a majority of Americans believing that whatever his faults, Obama was trying his hardest to fix what ails the country and that he had to do it with a Republican Party that, in its gut, did not want to meet him halfway but wanted him to fail — so that it could swoop in and pick up the pieces“.

Was in diesem Zusammenhang ebenso als höchst interessant bewertet werden muss, ist die Tatsache, dass Obama trotz der im November 2012 immer noch hohen Arbeitslosenquote von ca. 8% ein zweites Mal das Vertrauen ausgesprochen wurde. Dieses Votum impliziert nicht zuletzt, dass der US-amerikanische Bürger für die nach wie vor unbefriedigenden Wirtschaftsdaten auch nach vierjähriger Amtsperiode Obamas nicht (allein) den US-Präsidenten verantwortlich macht. Obama gewann seinen Wahlkampf mit den innenpolitischen Themen Jobwachstum, Gesundheitsreform und Steuererhöhungen als Mittel zum Abbau des Defizits (letztere vor allem für Reiche) bei gleichzeitigen Steuererleichterungen für die Mittelklasse. Letztlich kam Obama eine klassische wie zugleich sehr sympathische US-amerikanische Charaktereigenschaft zugute: Die gesellschaftliche Anerkennung, sich redlich bemüht zu haben, und - auch wenn beim ersten Mal nicht alles gelang – eine zweite Chance: “You didn’t get it all right the first time, but we’re going to give you a second chance. We think you’re trying. Now try even harder!”

Das Kabinett Obama II

Am 20. Januar 2013 legte Barack Obama im Oval Office vor dem höchsten US-amerikanischen Richter zum zweiten Mal in seiner Karriere den Amtseid für das Amt des 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ab. Bereits gegen Ende des vergangenen Jahres waren Obama wichtige Eckpfeiler für sein zweites Kabinett „abhanden gekommen“: US-Außenministerin Hillary Clinton, die nach einem Ohnmachtsanfall und einer Gehirnerschütterung mit Blutgerinnsel nach vierwöchiger Abwesenheit vom Amt erst wieder Anfang Jänner ins State Department zurückkehren konnte, hatte ohnedies bereits vorher entschieden, nur noch bis zum Ende der (ersten) Präsidentschaft Obamas im Amt verbleiben zu wollen. In diesem Zusammenhang wird bereits spekuliert, ob Clinton später im Rahmen der Bewerbung um die Präsidentschaft 2016 noch einmal einen Anlauf wagen und in die Politik zurückkehren wird. Obama sah sich also genötigt, Ersatz für sie zu finden. Mit der Verpflichtung des früheren demokratischen Präsidentschaftskandidaten und Senators von Massachusetts, John Kerry, ist ihm das auch gelungen. Kerry wurde von Obama am 21. Dezember als Nachfolger Clintons offiziell nominiert. Auch musste der erste Mann des CIA in der Gestalt des Vorzeige-Generals David Petraeus, der erst im September 2011 sein Amt angetreten hatte, von Obama durch den Anti-Terror-Spezialisten John Brennan ersetzt werden, nachdem der Vier-Sterne-General Ende letzten Jahres über eine außereheliche Affäre mit seiner Biographin gestolpert war. Der überraschende Rückzug von Arbeitsministerin Hilda Solis, die aus privaten Gründen am 9. Januar kurz vor der erneuten Angelobung quittierte, war ein weiterer unerwarteter Schlag für Obama II. Ebenfalls Anfang Januar hatte der US-Präsident mit dem freiwilligen Rückzug seines wohl engsten finanzpolitischen Vertrauten, Finanzminister Timothy Geithner, einen weiteren schweren Rückschlag einstecken müssen. Geithner geht zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Regierung angesichts der im Februar anstehenden Verhandlungen zur US-Schuldengrenze in einer schwierigen Lage befindet. Der Stabschef des Weißen Hauses und gleichzeitig einer der engsten Vertrauten Obamas, Jacob Lew vom linken Flügel der Demokraten und damit Hassobjekt erzkonservativer Republikaner, wird Geithner nachfolgen. Für das so wichtige Amt des Stabschefs im Weißen Haus hat wohl ein weiterer enger Vertrauter Obamas, der Außenpolitikexperte Denis McDonough, die besten Karten. Auch US-Innenminister Ken Salazar hat genug und wird nur noch – ebenfalls überraschend – bis März 2013 im Amt verbleiben. Der nächste auf der Liste derjenigen, die das Kabinett verlassen, ist der 74-jährige Verteidigungsminister Leon Panetta, der sich Anfang Januar auf seine Walnussfarm in Kalifornien (und damit in den Ruhestand) verabschiedete und dabei bemerkte, er müsse sich eben ab jetzt mit „anderen Nüssen“ beschäftigen (“dealing with a different set of nuts”). Panettas Nachfolger und damit neuer Chef im Pentagon wird der Republikaner und Senator von Nebraska, Chuck Hagel.

Russland

Analyse der letzten 6 Monate

Anfang November ersetzte Präsident Wladimir Putin Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow durch Armeegeneral Sergej Schojgu (57), der 1994 bis Mai 2012 Minister für Zivilverteidigung und außerordentliche Situationen und dann kurz Gouverneur des Gebiets von Moskau gewesen war. Serdjukow war der erste zivile Inhaber dieses Postens im postsowjetischen Russland gewesen. Er war allerdings von seinen zahlreichen Kritikern konsequent als „früherer Möbelhändler“ verhöhnt worden und sah sich schließlich in einen Skandal um die vom Verteidigungsministerium kontrollierte Holding „Oboronservice“ verwickelt; mehrere Mitarbeiter dieser Holding wurden verhaftet bzw. es wurden strafrechtlich relevante Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet. Der neue Verteidigungsminister Schojgu ist ein langjähriger Gefolgsmann Putins und war ab 1999 maßgeblich am Aufbau des „Einheitlichen Russlands“ (ursprünglich „Einheit“), der de facto-Staatspartei des Landes, beteiligt gewesen. Unmittelbar nach Serdjukow musste auch Generalstabschef General Nikolaj Makarow seinen Sessel räumen. General Valerij Gerassimow (57), bis dahin stellvertretender Generalstabschef, folgte ihm nach.

Ende November wurde gemeldet, dass die Ausgaben für die beiden Posten „Verteidigung“ und „nationale Sicherheit“ des föderalen Budgets 2013 (weiter) stark ansteigen werden (und dann 31% der gesamten Budgetausgaben ausmachen sollen), während bei der Bildung gespart wird. Allerdings stellte Ministerpräsident Dmitrij Medwedjew Anfang Dezember eine weitere „Militarisierung“ des Budgets in Abrede, weil Bildung und Gesundheit nicht nur aus dem föderalen Haushalt, sondern auch aus regionalen Budgets finanziert würden. Gleichzeitig räumte Medwedjew aber ein, dass „wir tatsächlich nicht wenig Geld für die Verteidigung ausgeben, was jedoch auch begründet“ sei; man habe die Besoldung im Militär verbessern und Wohnungsprobleme von Soldaten lösen müssen. Auch für neue Rüstungserzeugnisse sei Geld nötig gewesen, denn die Lage in diesem Bereich sei wegen der Alterung vieler Waffensysteme „kritisch“ geworden. Schon im Sommer 2012 hatte Putin verlautbart, dass die Streitkräfte bis 2020 1.000 Flugzeuge und 600 Hubschrauber erhalten sollten.

Bewertung der letzten 6 Monate

Schojgus erste Auslandsreise als Verteidigungsminister führte ihn im November (gewiss nicht zufällig) zum „strategischen Partner“ China, wo er sich für eine Intensivierung der bilateralen Militär- und Rüstungskoooperation aussprach.

Ende August meinte Putin im Sicherheitsrat Russlands, dass die gesamte Rüstungsindustrie des Landes modernisiert werden müsse; das werde ein „großes Wachstumspotenzial“ für die Gesamtwirtschaft schaffen. Putin wohnte in der zweiten Jahreshälfte 2012 mehreren Militärmanövern bei. Anlässlich der Übung „Kaukasus 2012“ in Südrussland forderte er die Militärführung auf, „das Pulver trocken zu halten“. Der für die Rüstungsindustrie zuständige Vizepremier Dmitrij Rogosin, der zwischen 2008 und 2011 Botschafter bei der NATO gewesen war, meinte, dass „der Westen“ nur „rohe militärische Gewalt“ verstehe und „smart“ bzw. „soft power“ nur „nette Worte“ seien. Russland werde auch mit westlicher Technologie aufrüsten.

Aus russischer Sicht besonders wichtig ist der Bereich der Raketenabwehr. In Moskau wurde erklärt, dass man „als Antwort“ auf die Schaffung eines amerikanischen Raketenabwehrsystems neue schwere Interkontinentalraketen entwickle, welche aus sowjetischer Zeit stammende Raketen ersetzen sollen. Im Dezember 2012 verlautbarte der Oberkommandierende der Strategischen Raketentruppen, Generaloberst Sergej Karakajew, dass der Anteil der neuen Systeme bei den Interkontinentalraketen von derzeit 30% auf 98% im Jahr 2020 steigen soll.

Ausblick auf die kommenden 6 Monate

Die russischen Freund- und Feind-Wahrnehmungen in der Außen- und Sicherheitspolitik (vgl. auch den Abschnitt „Russland – Syrien“) werden sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in der überschaubaren Zukunft nicht ändern – wie auch nicht der autoritäre Kurs im Inneren: Der Kreml setzte im Juli 2012 ein Gesetz durch, das Nichtregierungsorganisationen, die von außerhalb Russlands Unterstützung bekommen, unter Druck setzt: Sie müssen sich als „ausländische Agenten“ registrieren lassen oder aber auf die finanziellen Mittel aus dem Ausland verzichten. Dieses Gesetz soll nach Auskunft Putins dazu dienen, Russland „vor ausländischem Einfluss zu schützen“. Im September wurde bekannt, dass die US-amerikanische Agency for International Development (USAID) auf Druck der russischen Behörden ihre Tätigkeit in Russland einstellen muss. Und Ende 2012 verabschiedeten beide Kammern des russischen Parlaments auf Initiative des Kremls ein Gesetz, das US-amerikanischen Eltern die Adoption von Kindern aus Russland verbietet.

Russland – Syrien

Analyse der letzten 6 Monate

Präsident Wladimir Putin meinte Ende September 2012 wörtlich: „Unsere [westlichen] Partner haben bereits Chaos in vielen Gebieten gestiftet, und jetzt betreiben sie die gleiche Politik [...] unter anderem in Syrien.“ Außenminister Sergej Lawrow beschuldigte den Westen bei den Verhandlungen zur Lösung der Syrienkrise wörtlich der „Erpressung“ Russlands; der Westen würde zudem die syrische Opposition zum Kampf gegen das Regime von Präsident Bashar Assad „aufstacheln“. Zudem sagte Lawrow, dass ein „nicht geringer Anteil der Verantwortung für das Blutvergießen [in Syrien] bei jenen Staaten liegt, die die Gegner Assads dazu anregen, einen Waffenstillstand und Dialog abzulehnen und stattdessen eine bedingungslose Kapitulation des Regimes fordern“. Auf diese Weise fördere der Westen den „Terrorismus“ der bewaffneten Opposition in Syrien.

Moskau lehnte die Stationierung von „Patriot“-Luftabwehrsystemen der NATO an der türkisch-syrischen Grenze u.a. deswegen ab, weil es befürchtet, dass sie im Falle einer Militärintervention der USA gegen den Iran genutzt werden könnten. Die Stationierung der „Patriot“ begann allerdings Anfang Jänner 2013. Moskau verurteilte ausländische Waffenlieferungen an die syrische Opposition und versorgte gleichzeitig Assads Armee mit Waffen (so lieferte es im Dezember das taktische ballistische Boden-Boden-Kurzstreckenraketen-system vom Typ „Iskander“). Nach Angaben des Moskauer außen- und sicherheitspolitischen Kommentators Pawel Felgenhauer trainieren russische Instrukteure Assads Armee an Waffen aus russischer Produktion, und eine nicht spezifizierbare Anzahl von russischen Militärberatern tue in der Regimearmee Dienst. Gleichzeitig bestritt Russland wiederholt offiziell, Assad zu unterstützen. Anfang Dezember zeigte sich Lawrow überzeugt, dass Assad keinen Chemiewaffeneinsatz plane.

Bewertung der letzten 6 Monate

Russland und China lehnen Rücktrittsaufforderungen an Assad ebenso wie internationale Sanktionen gegen dessen Regime vehement ab. Letztere konnten daher im UNO-Sicherheitsrat auch nicht beschlossen werden. Moskau rief die syrische Opposition immer wieder zu Verhandlungen mit Assad auf (die diesen im Rahmen einer Übergangsperiode dann allerdings zumindest vorerst an der Macht hätten belassen sollen) und sprach sich gegen jede „ausländische Militärintervention“ in Syrien aus. Gleichzeitig schwieg es zu den vom Iran offiziell eingestandenen Einsätzen seines Militärs an der Seite Assads.

Ausblick auf die kommenden 6 Monate

Für den Fall eines Sturzes Assads befürchtet Moskau einen Einflussverlust im Nahen Osten, warum es ihn halten will und daher politisch, diplomatisch und mit Rüstungslieferungen unterstützt. Diese Linie dürfte sich auch in der überschaubaren Zukunft nicht ändern.

China

Analyse der letzten sechs Monate

Das zentrale innenpolitische Ereignis des vergangenen Halbjahres war die Ernennung der neuen Führungsspitze Chinas. Wie vorgesehen wurde Xi Jinping zum Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei gewählt. Xi erhielt auch den Vorsitz in der Zentralen Militärkommission, womit Spekulationen über einen schrittweisen Abgang seines Vorgängers Hu Jintao ein Ende fanden. Bei den ersten öffentlichen Auftritten von Xi fiel die spontane und lebendige Art auf, durch die er sich deutlich von seinem Vorgänger abhebt. Auf der ersten Pressekonferenz nannte er neben der „Größe“ Chinas den Kampf gegen die Korruption und überbordende Bürokratie als Ziele. Ein deutliches Bekenntnis zur Fortführung des bisherigen Kurses war eine Reise nach Südchina. Dort hatte Deng Xiaoping 1992 wesentliche Anstöße zum wirtschaftlichen Reformprozess gegeben – ein Ereignis, das bis heute als entscheidender Punkt in der Entwicklung Chinas gilt und an das Xi mit entsprechenden Aussagen anknüpfte.

In das Ständige Komitee des Politbüros, das innerste Gremium der Partei, wurde auch Li Keqiang, der nächste Regierungschef Chinas, gewählt. Zwei als Reformer geltende Kandidaten wurden nicht berücksichtigt, eine gewisse Garantie für ein traditionelles Politikverständnis liegt auch in dem Umstand, dass vier der neuen Mitglieder (inklusive Xi) „Prinzlinge“, also Söhne von Spitzenkadern der Vergangenheit sind. Das Ständige Komitee wurde von neun auf sieben Mitglieder verkleinert, wodurch die Entscheidungsfindung erleichtert wird. Von diesen werden nur Xi und Li volle zehn Jahre im Amt sein, so wie es das Regulativ vorsieht, der Rest wird bereits in fünf Jahren ersetzt werden. Kontinuität in der Führung Chinas ist damit nur für die erste Hälfte von Xi's Amtszeit gewährleistet.

Bewertung der letzten sechs Monate

Außenpolitisch hat China seinen Anspruch auf den Status einer regionalen Macht mit aller Härte demonstriert. In den Territorialkonflikten um die Senkaku- (japanisch) bzw. Diaoyu- Inseln (chinesisch) und das Südchinesische Meer hat Peking zahlreiche Beweise seiner Unnachgiebigkeit geliefert. Erstmals seit 1958 drang ein staatliches Flugzeug ohne Genehmigung über den von beiden Staaten beanspruchten Senkaku-Inseln mit Absicht in den japanischen Luftraum ein. Chinesische Aktivisten pflanzten Flaggen auf den umstrittenen Inseln auf, in China selbst kam es in mehreren Städten zu teils gewalttätigen Demonstrationen. Beide Seiten drohten einander mit militärischen Maßnahmen. Aus Sicht Pekings stellte der Kauf von drei der Inseln durch die japanische Regierung, die dadurch einer Privatinitiative zuvorkam, eine Provokation dar. Inzwischen hat der Zwist auch negative Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen.

Im Südchinesischen Meer sind es überlappende Hoheitsansprüche, die vor allem mit Vietnam und den Philippinen zu scharfen Gegensätzen geführt haben. Laut neuen geologischen Erkenntnissen sind die Öl- und Gasvorkommen dort wesentlich größer als bisher angenommen. Eine Lösung des Konflikts wird dadurch schwieriger. China gibt nun neue Pässe aus, in die eine Karte des Meeres mit den chinesischen Gebietsvorstellungen eingedruckt ist, wodurch jeder reisende Chinese gewissermaßen zum politischen Botschafter wird, insbesondere in den betroffenen Staaten. China übt in der Sache auch unmittelbaren Druck aus. Am ASEAN-Gipfel brachte Peking das Vorsitzland Kambodscha durch eine Erklärung, dass in der ASEAN Konsens herrsche, dazu, die Streitfrage nicht international zu behandeln. Dies entspricht der chinesischen Haltung, nur bilaterale Verhandlungen zur Lösung des Streits zu akzeptieren. Proteste der Philippinen gegen den kambodschanischen Alleingang waren die Folge. Die Philippinen und Vietnam würden sehr wohl eine Regelung gemeinsam mit den ASEAN-Partnern bevorzugen. Beide stützen sich nun zunehmend auf die USA. Diese werden ihre militärische Präsenz im Pazifik signifikant verstärken und damit die

Ankündigung von Präsident Barack Obama, die Region sicherheitspolitisch zur „top priority“ zu machen, erfüllen. Konflikte mit China sind vorprogrammiert.

Ausblick auf die kommenden sechs Monate

Die Herausforderung der nächsten Zeit wird sein, einen breiten Reformprozess in China einzuleiten. Das Wirtschaftswachstum hat sich verlangsamt und auch die Zahl der Arbeitskräfte wird bald ihren Höchststand erreichen, um dann abzusinken. Die chinesische Wirtschaft muss verstärkt auf Inlandsnachfrage setzen, da Exporte und Investments auf die Dauer keine ausreichenden Grundlagen für Wachstum sind. Der aktuelle wirtschaftspolitische Kurs wird beibehalten werden, da sich die Wirtschaft gegen Ende des Jahres wieder erholt hat. Die Zeiten des Top-Wachstums jenseits der zehn Prozent sind aber vorbei. Für 2013 wird mit sieben bis acht Prozent Zuwachs gerechnet. Staatliche Investitionen, um die Wirtschaft in Schwung zu halten, werden fortgesetzt, die Inflation kann dabei aber nicht außer Acht gelassen werden. Auch um politische Reformen wird das Regime nicht herumkommen, will es nicht Destabilität riskieren. Unzufriedenheit kann nicht mehr wie in der Vergangenheit durch eine boomende Wirtschaft abgefedert werden. Immer wieder kommt es zu Massendemonstrationen, die sich gegen lokale Missstände – häufig Umweltschäden – richten. Korruption und Machtmissbrauch sind ständige Unruhefaktoren.

Außenpolitisch wird Peking dafür sorgen müssen, dass die Territorialstreitigkeiten im Ost- und Südchinesischen Meer nicht völlig eskalieren. Erschwerend wirkt, dass außer in China auch in Südkorea und Japan die politischen Spitzen gewechselt haben und Nordkoreas Staatsführer Kim Jong-un erst relativ kurz im Amt ist. Alle vier haben eine starke Vorprägung, da bereits die Väter in Führungspositionen tätig waren, und sind daher mit den aus der Vergangenheit herrührenden Differenzen zwischen den Staaten auf sehr persönliche Weise vertraut. Entscheidend wird sein, wie weit sich mit Xi Jinping, der im März zum Staatspräsident gewählt werden soll, neben dem Stil auch die politischen Inhalte ändern werden. China-Kenner befürchten, dass dies in dem riesigen Land mit seinen komplexen Strukturen eine äußerst schwierige Aufgabe sein wird. Große Staatsbetriebe, die Partei, das Militär und der Sicherheitsapparat haben ihre jeweils eigenen Interessen. Wenn die Bewältigung dieser Reformaufgabe nicht gelingt, könnten unruhige Zeiten anbrechen.

Indien

Analyse der letzten sechs Monate

Zu schweren ethnischen Unruhen kam es im Sommer im nordöstlichen Bundesstaat Assam. Die Gewalt ging vom Volk der Bodo, mutmaßlich von einer Separatistengruppe, aus und richtete sich gegen Muslime bengalischer Abstammung. 80 Menschen starben, 400.000 ergriffen die Flucht. Der Kampf der Bodos gegen die Muslime und auch andere Volksgruppen wird seit 1992 geführt. Das Stammesvolk befürchtet eine Majorisierung durch illegale Migration aus dem Nachbarland Bangladesh und eine Untergrabung seiner autonomen Rechte. Muslime stellen 35% der Bevölkerung in Assam – der zweitgrößte Wert nach Kaschmir – und ihre parlamentarische Vertretung ist die stärkste Opposition zur in Assam regierenden Kongress-Partei.

Die Unruhen wirkten sich auf ganz Indien aus. Im rebellischen Nachbarstaat Nagaland gab es ebenfalls Drohungen gegen Muslime aus Bangladesh. Zuwanderer aus den nordöstlichen Staaten waren wiederum Opfer von Attacken in muslimisch bevölkerten Städten und Regionen Indiens. Menschen aus diesem Teil Indiens sind aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit relativ einfach zu erkennen und daher ein leichtes Angriffsziel. Nahe des südindischen Hyderabad wurden einige Passagiere aus einem Zug gezerrt. In Mumbai wurden bei gewaltsamen Protesten von Muslimen zwei Demonstranten von der Polizei erschossen. Die aufgeheizte Stimmung hat zu einem regelrechten Exodus von Binnenmigranten aus dem Nordosten geführt. Allein Hyderabad und Umgebung verließen innerhalb einer Woche mindestens 3.000 Assamesen. Um eine Eskalation zu verhindern, verbot die Regierung SMS an mehr als fünf Empfänger, mehr als 250 Webseiten wurden blockiert, weil auf ihnen angeblich aufhetzerisches Material präsentiert wurde.

Der Dauerkonflikt mit dem Nachbarn Pakistan um die Provinz Kaschmir flammte erneut auf. Im Oktober feuerten laut indischen Angaben pakistanische Truppen mit Granatwerfern auf die indische Seite; drei Zivilisten starben. Zu Jahresbeginn 2013 eskalierte die Lage erneut. Wechselseitig beschuldigten sich beide Staaten, die Gegenseite angegriffen und Soldaten getötet zu haben. Indien beklagte zwei Tote – die Leichen sollen verstümmelt worden sein –, Pakistan drei. Indiens Armeechef Bikram Singh sprach von einem klar geplanten Angriff und drohte mit einem Vergeltungsschlag. Unmittelbar darauf erklärten beide Streitparteien, die Lage deeskalieren zu wollen und sich an den Waffenstillstand zu halten.

Bewertung der letzten sechs Monate

Wie sehr Indien mit Infrastrukturproblemen zu kämpfen hat, wurde im August deutlich. Innerhalb von 36 Stunden fiel das Stromnetz zweimal aus. Rund 600 Millionen Menschen, die Hälfte der Bevölkerung, waren für fast zehn Stunden ohne Strom. Es war der bislang größte Stromausfall der Weltgeschichte. Da das Problem mit der Stromversorgung ständig besteht – wenn auch nicht in diesem Ausmaß –, reagierte die Bevölkerung gemäßigt. Viele behelfen sich mit Notstromaggregaten, sodass eine richtige Parallelökonomie existiert, ohne die Indiens Wirtschaft gar nicht bestehen könnte. 300 bis 400 Millionen Inder sind überhaupt nicht an das Stromnetz angeschlossen.

Die Regierung wies jede Verantwortung von sich. Ein Grund für die ständigen Ausfälle ist mangelnde „Netzdisziplin“. In einzelnen Bundesstaaten wird ohne Rücksicht auf das Gesamtsystem Strom entnommen – eine Belastung, der das Netz nicht gewachsen ist. Die Zentralregierung ist aber vielfach auf die Regierungschefs der Einzelstaaten angewiesen, die wiederum ihre eigene Klientel zufriedenstellen müssen. Deshalb wird für den Strom auch zu wenig bezahlt und viele E-Gesellschaften stehen am Rande des Bankrotts. Weitere Probleme bereiten illegales Abzapfen von Strom und Verluste durch mangelnde Isolierung. Die Weltbank sieht das Stromproblem als größtes Hindernis für das Wirtschaftswachstum Indiens.

Im Juli wurde der bisherige Finanzminister Pranab Mukherjee neuer indischer Staatspräsident. Seine politische Heimat ist die derzeit regierende Kongress-Partei, für die er seit 1969 in verschiedenen Positionen in Parlament und Regierung tätig ist. Das Finanzressort wurde dem als Reformler bekannten Palaniappan Chidambaram übertragen, um der lahmden Wirtschaft wieder Schwung zu verleihen. Die Regierung stand unter großem Druck, da neben den schwachen Wirtschaftsdaten ständig neue Korruptionsfälle zutage traten. So wurden ab 2004 vom Staat 142 Kohlefelder an private und staatliche Gesellschaften verkauft, die mit diesen Erwerbungen aufgrund sehr niedriger Preise glänzende Geschäfte machen konnten. Ministerpräsident Manmohan Singh war zu dieser Zeit Minister für Kohle.

Zur großen Überraschung vieler Beobachter gelang es Singh im September, eine Reihe größerer Reformen durchzusetzen. Ziel: mehr Investitionen, höheres Wachstum. Er befürchtete wohl zu Recht, dass ohne Reformen der erreichte Fortschritt aufs Spiel gesetzt würde. Innerhalb der Kongress-Partei war das Vorhaben nicht unumstritten, ein Koalitionspartner verließ die Regierung. Die Neuerungen betreffen die Mehrheit der Inder unmittelbar. Ausländische Investoren dürfen in Hinkunft Mehrheitsanteile im Einzelhandel besitzen. Damit sollen große Supermarkt-Ketten wie Walmart oder Carrefour auf den indischen Markt geholt werden. Gas- und Diesel-Subventionen wurden stark reduziert, um das Budget zu entlasten – sie sind allerdings noch immer höher als die Ausgaben für Bildung und Gesundheit zusammen. Auch die zu niedrigen Strompreise sollen angehoben werden, um die hochverschuldeten E-Gesellschaften rentabel zu machen.

Ausblick auf die kommenden sechs Monate

Ende 2012 erfolgte eine wichtige Wahlentscheidung. Im Bundesstaat Gujarat konnte Narendra Modi von der Hindu-nationalistischen Indischen Volkspartei (BJP) zum dritten Mal den Sieg erringen. Er ist ein möglicher Spitzenkandidat der BJP für die Bundeswahlen 2014. Unter seiner Regierung kam es 2002 in Gujarat zu schweren Ausschreitungen gegen Muslime, die mehr als 1.100 Tote forderten. Eine direkte Verantwortung konnte Modi nicht angelastet werden, trotzdem scheiden sich an ihm die Geister. Um ein Kandidat für alle Inder zu werden, muss er konsequent an seinem politischen Profil arbeiten.

Immer dringender wird auch die Antwort auf die Frage nach dem Spitzenkandidat des Kongresses für die Wahl 2014. Ministerpräsident Singh wird heuer 81 Jahre alt und somit nicht mehr kandidieren. Rahul Gandhi, Sohn von Parteichefin Sonia Gandhi, gilt als „Kronprinz“, wurde allerdings bei einer Kabinetttumbildung im Oktober übergangen. Ein Spitzenkandidat, der noch nie ein Regierungsamt innehatte, könnte sich als Nachteil erweisen. Umgekehrt wird argumentiert, dass er die Zeit für die wichtige Kontaktpflege mit der einfachen Bevölkerung nutzen wird. Politisch wird das kommende Jahr für die Regierungspartei schwierig werden. Das Wirtschaftswachstum wird bestenfalls im hohen sechs Prozent-Bereich liegen; das Haushaltsdefizit, niedrige Steuereinnahmen und hohe Subventionen bereiten Finanzminister Chidambaram Sorge. Gleichzeitig sollen im Budget, das im März beschlossen werden wird, „Wahlzuckerln“ für 2014 verpackt werden. Die Aussichten für die heurigen Wahlen sind auch nicht besonders gut. In einer Reihe von Bundesstaaten könnten Niederlagen gegen die BJP bevorstehen.

Brasilien

Analyse der letzten 6 Monate

Dilma Rousseff, die gemäß Forbes drittmächtigste Frau der Welt, versuchte den Kurs ihres Vorgängers Luiz Inácio Lula da Silva insofern zu korrigieren, als dass sie der Korruption Herr zu werden versucht. Ihre vordringlichen Herausforderungen waren es, die hohe Kriminalität und Korruption, die mangelnde öffentliche Infrastruktur, die Verwaltungs- und Besteuerungsvereinfachungen, die Nachbarschafts- und Umweltpolitik sowie den Ausbau bzw. Aufbau bestehender bzw. neuer strategischer Partnerschaften zu bewältigen. Erstmals seit 10 Jahren kam es zu einem drastischen Einbruch in der Handelsbilanz mit nur geringen Überschüssen (19 Mrd. US-Dollar – 242 Mrd. US-Dollar Exporte/223 Mrd. US-Dollar Importe) und marginalem Wirtschaftswachstum. Dies führte zu einem Rückgang der Prognosen, welche Brasilien 2050 aktuell nur mehr auf Platz 7 der Weltwirtschaft sehen. Daneben ging Rousseffs Politik durch den Bau von neuen Flusskraftwerken wie Belo-Monte weiter zu Lasten der Umwelt, obwohl erstmals die Abholzungsrate um 27% gesenkt wurde. Brasilien verfolgte weiter seinen hegemonialen Kurs in Lateinamerika, jedoch führte dies in den diversen regionalen (MERCOSUR, UNASUR, etc.) und überregionalen (BRICS, IBSA etc.) Gremien vermehrt zu Verstimmungen mit den USA bzw. mit seinen unmittelbaren Nachbarn im Allgemeinen und mit Argentinien (Schutzzölle) im Speziellen. Die Aufnahme Brasiliens in den UN Human Rights Council von 2013 – 2015 ist teilweise noch umstritten.

Die großen Herausforderungen Rousseffs in der Innenpolitik waren:

- Das Absinken des Wirtschaftswachstums von ursprünglichen 4,5 % auf 2,5% (letztendlich fiel es 2012 auf 1–1,5% - im Vergleich zu 2010: 7,5%),
- Die Senkung der Arbeitslosenquote (auf 5,5% im Jahresschnitt) durch Schaffung von Arbeitsplätzen und Investition in neue Infrastrukturprojekte (Bau von Straßen und Eisenbahnlinien sowie Ausbau bzw. Bau neuer See- und Flughäfen); in punkto Infrastruktur rangiert Brasilien aktuell weltweit auf Rang 104 von 142 bewerteten Staaten.
- Die Steigerung von Exporten (erstmal leichte Rückgänge in diversen Sparten) bzw. die Erschließung des Zentralraumes verbunden mit einer besseren Ressourcenausnutzung.
- Sie nutzte ihr Veto und hob Teile der neuen Forrest Codes wieder auf, welche der Kongress zur Eindämmung der Abholzung in Amazonien vorsah, implementierte aber Gesetz gegen Korruption und Geldwäsche.
- Die weitere „Befriedung“ bzw. die Verhinderung der Ausbreitung von Favelas in Rio de Janeiro und Sao Paulo durch den Einsatz von Militär sowie von Police Pacification Units.
- Die aktive Bekämpfung der Korruption durch Drogenrazzien gegen Kartelle bzw. gegen Militärpolizei und gegen hohe Beamte und Polizisten wegen Verdacht der Begünstigung
- Das Einsetzen der National Truth Commission zur Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur von 1964-1985 im Rahmen des Amnesty Law 1979.
- Der Schutz seiner Grenzen gegen Schmuggel und Ressourcenjäger mit Schwergewicht im Raum Rio de la Plata durch den Einsatz von Armee und Spezialkräften.

Außenpolitisch war Rousseff mit folgenden Herausforderungen konfrontiert:

- Der Festigung des Einflusses in Lateinamerika im Allgemeinen bzw. im Speziellen in Bolivien, Paraguay sowie Uruguay, die in den letzten Jahren eher unter argentinischen Einfluss gestanden waren; (inklusive neuer Abkommen zur besseren Kooperation).
- Der Festigung des Einflusses in Afrika im Allgemeinen und in den lusophonen Staaten im Speziellen - nicht nur zur Ressourcensicherung sondern auch im Rahmen von Entwicklungshilfe.

- Im Rahmen von UNASUR versuchte Brasilien mit gemeinsamen Rüstungsentwicklungen als Lead Nation (UAS, GKGF, KC390 etc.) bzw. in Themenbereichen Antinarcotics, Economic & Energy Security bzw. Human Rights zu punkten.
- Der Handel mit China wurde weiter um 7,3% gesteigert, wohingegen er mit Argentinien, dem wichtigsten Handelspartner in Lateinamerika, um 20,7% zurückging.
- Die strategische Partnerschaft mit Frankreich wurde im Rüstungsbereich ausgeweitet,
- Eine neue strategische Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich ist denkbar, einerseits durch neue Wirtschaftsabkommen bzw. Anbote zur Kooperation in anderen Bereichen.
- Dem Engagement Brasiliens im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation (IBSA etc.), das als eher gering und gerade in der Causa Iran von Seiten der USA kritisch betrachtet wurde.
- Lula da Silvas sieht sich mehr und mehr Korruptionsvorwürfen ausgesetzt.

Bewertung der letzten 6 Monate

Die brasilianische Wirtschaftslage erholte sich langsam, liegt aber noch hinter den Prognosen zurück. Die negative Handelsbilanz mit den USA bzw. die Überschwemmung mit Billigprodukten aus China hemmen jedoch das Wachstum. Infrastrukturprojekte vor dem Hintergrund der Fußballweltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Sommerspiele 2016 beleben die Konjunktur zunehmend. Brasiliens Rohstoffexporte nach China, den USA und in die EU stehen einer zunehmenden Industrialisierung gegenüber und zeigen erste Wirkung. Die Entwicklungspolitik Brasiliens in Ländern Afrikas schreitet stetig voran und erhöht den Einfluss speziell in den lusophonen Ländern, was sich durch neue lukrative Wirtschaftsprojekte unmittelbar auswirkt. Die Erschließung von Tiefseeölréserven vor der Küste Brasiliens hat begonnen und steigert die Erdölförderung enorm. Eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich wurde im Rahmen von Rüstungskooperationen bzw. bei den Planungen der Sommerolympiade bzw. der Fußball- WM in Aussicht gestellt . Die Rüstungspolitik trägt wieder Früchte und so rangiert Brasilien aktuell auf Platz 8 der Waffenexporteure. Neue multinationale Rüstungsabkommen boosten die Wirtschaft. Die Sicherung seiner Grenzen bzw. der Kampf gegen Drogen wurde wiederum durch die Streitkräfte übernommen (AGATA5 im Grenzgebiet zu Paraguay, Argentinien und Uruguay). Modernisierungsprogramme zur Stärkung der Teilstreitkräfte geben klare Signale zur Aufrüstung der Streitkräfte. Der Mensalao-Korruptionsprozess gegen 38 Mitglieder der regierenden Arbeiterpartei bringt die Präsidentin unter Druck, zeigt aber, dass sie bestrebt ist, eine Lösung zu finden. Außenpolitisch konnte Brasilien am 2. Iberoamerikanischen Gipfel in Cadiz mit der Ankündigung, Spanien und Portugal unter die Arme zu greifen, punkten.

Ausblick auf die kommenden 6 Monate

Die Energiepolitik der Regierung ist es, die Kosten für Strom zu senken bzw. für Kraftstoffe zu erhöhen, um so die Wirtschaft anzukurbeln. Aktuell kämpft Brasilien mit Black Outs auf Grund der maroden Strominfrastruktur. Der Autoproduktionsmarkt war 2012 gering rückläufig, soll jedoch 2013 erneut wachsen. Interessant erscheint, dass hier und auch in anderen Sparten durch neue Umweltauflagen gesetzlich gefordert wird, Energie und Ressourcen zu sparen, ansonsten drohen Strafsteuern. Die Tiefseeölförderung startet, wobei 2013 die nächste, alle 5 Jahre wiederkehrende Lizenzauktion neue Gelder in den Staatshaushalt spülen soll. Das Erschließen von Ressourcen in afrikanischen Staaten wird von der brasilianischen Entwicklungsbank BNDES weiter gefördert, wobei verstärkt auf Entwicklungshilfe und Transfer von Know-how gesetzt wird, um eventuellen neokolonialen Vorurteilen entgegenzuwirken. Die Herausforderung wird von der Regierung jedoch darin gesehen, erschlossene Ressourcen durch den Ausbau bzw. die Aufrüstung der Streitkräfte zu schützen. Im Rahmen der Erschließung neuer Rohstoffe im Zentralraum Brasiliens wurde schwergewichtsmäßig der Ausbau der Transportwege sowie der Verschiffungshäfen beschlossen. Umschlagpunkte sollen neu geschaffen bzw. ausgebaut werden, um bereits

aktuellen Engpässen entgegen zu wirken. Dabei soll die Landesinfrastruktur auf bis zu 800 Flughäfen sowie die Kapazität der Seehäfen bis 2020 verdoppelt werden. Die Erhöhung des Wehrbudgets zur Sicherung dieser strategischen Ressourcen soll von aktuell 1,5 auf künftig 2,5% BIP erfolgen. Ebenso ist die Ausweitung des Grenzschutzes zu Land, Wasser und in der Luft sowie der verstärkte Kampf gegen Drogen und Schmuggel durch den Einsatz der Streitkräfte angedacht. Die verstärkten Kooperationen mit den USA, Frankreich, Indien, Israel und der Türkei sowie die Technologietransfers nach- sowie Produktion in Brasilien sollen die Rüstungsindustrie weiter stärken bzw. die Streitkräfte nachrüsten. Auch wird der Wiederaufbau der Antarktisforschungsstation Commandante Ferraz vorangetrieben, um auch hier Brasiliens territorialen sowie wissenschaftlichen Anspruch zu unterstreichen. Weitere Herausforderungen liegen in der Stabilisierung der Innenpolitik bzw. Lösung der oben genannten Probleme.

Europäische Union

Analyse der letzten sechs Monate

Zypern hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 2012 erstmals eine EU-Präsidentschaft inne. Das Motto der Präsidentschaft lautete „Towards a Better Europe“. Zypern rang mit zwei schweren Problemen: die Türkei hatte aufgrund des Konflikts um die Teilung des EU-Vorsitzlandes alle Kontakte zur EU auf ein Minimum reduziert. Mit der Präsidentschaft selbst hatte die Türkei folglich keinen Dialog. Zudem hatten die Banken Zyperns durch ihre riskanten Investitionen in Griechenland – dem für Zypern mit Abstand wichtigsten Handelspartner – enorme Verluste erlitten. Das führte dazu, dass Zypern seit Mai 2011 auf den Finanzmärkten kein Geld bekam. Einzig ein Darlehen vom russischen Staat über 2,5 Mrd. Euro bewahrte das Land vor dem Staatsbankrott. Zypern hatte bereits im Juni 2012 einen Hilfsantrag für Notkredite aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in der Höhe von 17,5 Mrd. Euro beantragt, doch bisher konnten sich der IWF und die EU nicht auf eine gemeinsame Vorgehensweise einigen. Mit der Verabschiedung eines neuen Notenbankgesetzes in Ungarn am 6. Juli 2012 hatte das Land den Weg für Hilfszahlungen freigemacht: Die Verabschiedung des Gesetzes, das die Unabhängigkeit der Zentralbank garantieren soll, war Bedingung für den Erhalt eines Hilfskredites seitens der EU und des IWF in Höhe von 15 Mrd. Euro, um den Ungarn im November 2011 angesucht hatte. Durch die Gesetzesnovelle wird u.a. die Abberufung des Notenbankgouverneurs erschwert und die Unabhängigkeit des Währungsrates, der die Leitzinsen festsetzt, gestärkt. Dieses Gremium ist nun nicht mehr verpflichtet, die Regierung über seine Tagesordnung zu informieren. Am 9. und 10. Juli 2012 hatten die EU-Finanzminister die Grundzüge der 100 Mrd. Euro schweren Hilfskredite des spanischen Bankenwesens beschlossen. In dem Memorandum verpflichtet sich Spaniens Regierung im Gegenzug zu einer Verschärfung seiner Bankenaufsicht, einer Stärkung der Unabhängigkeit der nationalen Notenbank und umfassenden Wirtschaftsreformen. Der Hilfsplan sah vor, dass bis Mitte September 14 Bankengruppen, die rund 90 Prozent des spanischen Bankenmarktes abdecken, geprüft wurden. Alle faulen Kredite der lebensfähigen Banken sollten danach in eine „Bad Bank“ transferiert werden.

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) beschloss am 6. September 2012 den unlimitierten Ankauf von Staatsanleihen von Euro-Krisenstaaten, jedoch nur von jenen Staaten, die sich der strikten Kontrolle des EU-Rettungsfonds unterwerfen. Letztere Einschränkung war offenbar auf Bestreben Deutschlands zustande gekommen. Mit 1. Juli 2012 sollte der ESM in Kraft treten, doch in zahlreichen EU-Staaten gab es Widerstand. In Deutschland fand die größte Verfassungsklage in der Geschichte der Bundesrepublik statt: 37.000 Bürgerinnen und Bürger unterstützten diesbezüglich den Verein „Mehr Demokratie“. Die Linkspartei klagte ebenso wie Professoren aus dem bürgerlichen Lager. Das deutsche Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hatte jedoch am 12. September 2012 grünes Licht für das Inkrafttreten des ESM gegeben. Die Mitsprache der Parlamentarier muss gemäß den Richtern in Karlsruhe gesichert sein. Deutschlands Beitrag – mit 190 Mrd. Euro der größte in Europa – steht somit nicht im Widerspruch zum Grundgesetz. Deutschlands Selbstverpflichtung zur Hilfe für andere Länder untergräbt folglich nicht die Budgethoheit des Bundestags. Deutschland ratifizierte den Vertrag als letzter Eurostaat. Am 9. Oktober 2012 nahm der ESM mit 200 Mrd. Euro an sofort verfügbarem Geld (bis zu 500 Mrd. Euro können an Krediten bereitgestellt werden) und ca. 60 Mitarbeitern in Luxemburg seine Geschäfte auf. Der ESM ist ein regionaler Währungsfonds. Ein Euroland in finanziellen Nöten beantragt Hilfe, danach entscheidet ein Gouverneursrat (17 Mitglieder aus den Regierungen der Euroländer) über die Vergabe von Krediten an Euroländern, über die Finanzhilfe für Banken oder den Kauf von Staatsanleihen (in Ausnahmefällen). Eine Troika (EU-Kommission, EZB und IWF entsenden dazu jeweils einen Vertreter) bewertet, ob Hilfen nötig sind und überwacht die Einhaltung der Bedingungen bzw. auch, ob Reformen in den betroffenen

Ländern greifen. Der ESM kann bis zu 30jährige Anleihen begeben, um sich zu finanzieren. Am 27. November 2012 hatte der Europäische Gerichtshof den ESM als rechtlich einwandfrei bewertet. Die angesagte Reform zu viel engerer ökonomischer Zusammenarbeit in der Eurozone wurde beim EU-Gipfel Mitte Dezember 2012 abgesagt bzw. auf 2013 verschoben. Seit Anfang 2013 hätte Island EU-Mitglied sein sollen, so war es geplant im Jahr 2009, als die Inselrepublik auf dem Tiefstand ihrer Finanzkrise die EU-Mitgliedschaft als einzigen Ausweg sah. Jedoch sinkt in Island die Zustimmung ständig. Nur die Sozialdemokraten halten am Ziel des Beitritts fest, der links-grüne Koalitionspartner ist ebenso wie die konservative Opposition gegen die Mitgliedschaft. Der Zwist um die Entschädigung ausländischer Anleger in den isländischen Pleitebanken und um die Quoten für die Makrelenfischerei trugen der EU viele Minuspunkte ein.

Stellvertretend für die gesamte Staatengemeinschaft haben die Spitzen der EU (Kommissionspräsident, Ratspräsident und Parlamentspräsident) am 10. Dezember 2012 den Friedensnobelpreis in Oslo entgegengenommen: In Zeiten der Schuldenkrise würden die politischen Bande auf eine harte Probe gestellt: „Wir müssen wieder meister unseres Schicksals werden“, so Herman van Rompuy.

Im Fall Palästina traten die Auffassungsunterschiede zwischen EU-Staaten zutage, als am 29. November 2012 in der UN-Generalsversammlung über einen Antrag aus Ramallah, die Palästinensergebiete zum Beobachterstaat aufzuwerten, positiv abgestimmt wurde. Mit der UN-Aufwertung könnte Palästina die Aufnahme bei anderen UN-Organisationen beantragen, darunter auch bei internationalen Gerichtshöfen. 138 der 193 UN-Mitglieder stimmten für den Palästinenser-Antrag, 41 Staaten enthielten sich der Stimme. Während sich Großbritannien, Deutschland und die Niederlande der Stimme enthielten, unterstützten Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien die Palästinenser. Die Tschechische Republik stimmte als einziger EU-Staat dagegen.

2012 hatten im Norden Malis radikale Islamisten das Kommando übernommen. Zwei Gruppen davon stehen in Kontakt mit dem Terrornetzwerk al-Qaida. Ende 2012/Anfang 2013 machten sich die Kämpfer auf den Weg Richtung Bamako. Deshalb sah sich das EU-Mitglied Frankreich genötigt, militärisch einzugreifen. Frankreich will verhindern, dass vor Europas Toren ein neuer Rückzugsraum für Terroristen entsteht. Im Dezember 2012 gab die UN grünes Licht für eine afrikanisch geführte Militärmission. Die EU hatte versprochen, bis zu 170 Ausbilder nach Bamako zu entsenden. Zugesagt haben außer Frankreich auch Deutschland, Spanien, Italien und Schweden.

Bewertung der letzten sechs Monate

Bereits das Inkrafttreten des ESM machte sichtbar, dass der Bestand des Euro weiterhin gesichert ist und der Euro ein dauerhaftes politisches Projekt darstellt. Es braucht jedoch nach wie vor politische Führungsstärke, um die EU-Staaten finanziell zu stabilisieren. Geldgeschenke wird der ESM nicht verteilen. Dem EuGH ist klar, dass der ESM nicht als Bürge für die Schulden des Empfängermitgliedstaates auftritt. Dieser bleibt weiterhin gegenüber seinen Gläubigern für seine finanziellen Verbindlichkeiten haftbar. In der politischen Praxis folgt, dass der ESM bei der Umstrukturierung der Schulden von Euroländern keine Verluste übernehmen darf. Der ESM kann sein Grundkapital grundsätzlich erhöhen. Es braucht dafür aber einen einstimmigen Beschluss im Gouverneursrat. Der ESM darf das vorhandene Kapital selbst veranlagen und entsprechend der Haftung der Teilnehmerländer auch Kredite aufnehmen. Insoweit kann er auch Gelder (Haftungen) im vereinbarten Rahmen abrufen. Das bringt ihm Flexibilität, ohne sich entsprechende Zustimmungen holen zu müssen. Ähnlich funktioniert der IWF. Da die Teilnehmerländer für einen möglichen Ausfall von Schulden gemeinsam haften, sind die Zinsen des ESM geringer als jene der hoch verschuldeten Staaten. Ähnlich wie beim IWF ist die Vergabe von Krediten an Konditionen und Auflagen gebunden, die garantieren sollen, dass Reformen zur Sanierung

der Staaten und Banken eingeleitet werden. Aber: der IWF darf im Gegensatz zum ESM keine Staatsanleihen kaufen. Der ESM, sein Personal und auch seine Finanzmittel genießen volle rechtliche Immunität. Das gilt nur für „im Rahmen ihres Jobs ausgeübte Tätigkeiten.“ Der ESM ist jedoch nicht in ein System der Gewaltenteilung eingebunden. Der EuGH besitzt Zuständigkeit bei Schlichtungsverfahren. Es gibt jedoch keine Kontrolle durch das Europäische Parlament und auch nicht durch den Rechnungshof. Parlamente müssen allerdings bei der Erhöhung des Stammkapitals und beim Beschluss von Hilfsaktionen vorab eingebunden werden.

Was den EU-Beitrittsprozess betrifft, hat Mazedonien auch im Dezember 2012 kein konkretes Datum für den Beginn der Beitrittsverhandlungen in Aussicht gestellt bekommen. Mazedonien dürfte auch den Juni-Termin nicht bekommen, Bulgarien blockiert dies und gibt als Begründung u.a. die aus bulgarischer Sicht noch ungeklärte Frage der Zwangsassimilierungen von Bulgaren in der damaligen jugoslawischen Teilrepublik zur Zeit der Diktatur Titos an. Griechenland will erst die Namensfrage lösen, die in Athen angesichts der nordgriechischen Region Makedonien territoriale Verlustängste schürt. Außenpolitisch agiert die EU aufgrund unterschiedlicher Positionen der Mitgliedstaaten weiterhin uneinheitlich, sei es bei der Anerkennung des Kosovo als Staat sowie beim Status von Palästina als Beobachterstaat bei der UN.

Ausblick auf die nächsten sechs Monate

Irland hat am 1. Januar 2013 den EU-Vorsitz übernommen. Griechenland steuert 2013 auf das sechste Rezessionsjahr in Folge zu. Für 2013 gehen Ökonomen von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung Griechenlands um 4,5 Prozent aus, die Arbeitslosigkeit bleibt weiterhin sehr hoch. Sie lag Ende 2012 bei 26 Prozent. Bei den jugendlichen Griechen ist fast die Hälfte der unter 26-jährigen auf der Suche nach Arbeit. Zuletzt gab es jedoch Hoffnung: Im Zeitraum Januar bis November 2012 konnte Griechenland erstmals seit vielen Jahren einen Primärüberschuss erzielen. Das bedeutet, dass der griechische Staat erstmals mehr Steuern eingenommen hat, als er vor Bezahlung von Zinsen ausgegeben hat. In Summe lagen die Mehreinnahmen bei 2,3 Mrd. Euro. In den ersten Januar-Tagen konnte Griechenland Kurzkredite mit einer Laufzeit von sechs Monaten zu günstigeren Bedingungen aufnehmen als noch im Dezember 2012. Die „Task Force Griechenland“ berät das Land seit Juli 2011 bei der Reform seiner Verwaltung. Geleitet wird diese rund 50-köpfige Mannschaft vom früheren hohen Kommissionsbeamten Horst Reichenbach. Sein aktueller Bericht von Mitte Dezember 2012 fällt ernüchternd aus: Griechenland macht große Versprechen, setzt diese aber nur langsam und unvollständig um. Weder bei der Eintreibung ausständiger Abgaben noch bei der Jagd auf Steuerbetrüger und erst recht nicht bei der Reform wichtiger Wirtschaftsgesetze ist Griechenland im Plan.

Die Finanzmärkte hatten sich beruhigt, nachdem die EZB angekündigt hatte, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen zu kaufen. Mitte Dezember 2012 brachten die Finanzminister der EU die Bankenunion auf dem Weg. Viele Politiker verknüpften dies mit der Hoffnung, dass die wirtschaftliche Talsohle nun endgültig durchschritten sei: „Das Schlimmste liegt nun hinter uns“, sagte etwa EU-Ratspräsident Herman van Rompuy. Am 25. Februar 2013 soll ein Sondergipfel in Brüssel über den EU-Haushaltsrahmen stattfinden, am 20.-21. Juni 2013 ein EU-Reformgipfel. Die Schuldenkrise ist weit weitem nicht überwunden. Die Eurozone könnte 2014 langsam aus der Rezession kommen. Viele Länder sparen und reformieren derzeit enorm. Die Anstrengungen verlangen den Menschen und der Politik in den Krisenländern viel ab.

NATO

Analyse der letzten sechs Monate

Die Lage in Afghanistan blieb auch 2012 relativ instabil. Zudem änderte vor allem in den letzten beiden Jahren die Taliban ihre Taktik: Sie verwendet vermehrt ferngezündete Bomben oder Sprengsätze, die wie Landminen funktionieren. Die NATO hatte am 20. und 21. Mai 2012 bei ihrem Gipfel in Chicago erklärt, Afghanistan umfassend aufzubauen und in der Region zu stärken. Der US-Truppenabzug aus Afghanistan begann mit der Rückverlegung von zunächst 23.000 Soldaten im August 2012 und soll bis 2014 abgeschlossen sein, ungeachtet der sicherheitspolitischen Lage in Afghanistan. Für Stabilität am Hindukusch sollen ab Januar 2015 ausschließlich die afghanischen Sicherheitskräfte sorgen. Deren Stärke soll zu diesem Zeitpunkt 352.000 Mann umfassen und anschließend in einem von der afghanischen Regierung gesteuerten Prozess auf etwa 228.000 absinken. Die internationale Gemeinschaft hatte sich in Chicago grundsätzlich bereit erklärt, einen Großteil der dafür jährlich nötigen 4,1 Mrd. US-Dollar zu übernehmen, die afghanischen Gegenleistungen bestehen aus 500 Mio. US-Dollar und aus angepeilten Fortschritten in der Regierungsführung und der Korruptionsbekämpfung. Österreich hatte sich in Chicago bereit erklärt, von 2014 bis 2016 die afghanische Polizei mit 18 Mio Euro zu unterstützen. Bis 2024 soll Afghanistan seine Sicherheitskräfte aus eigenen Mitteln finanzieren können.

Grünes Licht gab die NATO in Chicago für die „Anfangsfähigkeit“ (Interim Capability) des Raketenabwehrsystems in Europa. In einer ersten Phase wird es möglich sein, in einem begrenzten Radius Raketen mittels der Kommandozentrale in Ramstein, einer Radarstation in der Türkei und durch Systeme abzuwehren, die derzeit auf einem US-Raketenabwehrkreuzer vor Spanien installiert sind. Die Anzahl der Schiffe wird auf mindestens vier erhöht. Abwehrsysteme werden ab 2015 in Rumänien und ab 2018 in Polen stationiert. Deutschland und die Niederlande werden ihre Patriot-Abwehrsysteme zur Verfügung zu stellen, die Niederlande modernisieren ihre Radarsysteme auf ihren Fregatten zwecks Frühwarnung. Frankreich zeigte sich interessiert, von seinen Satelliten aus der NATO Frühwarndaten bereitzustellen. Bis zum Jahr 2020 soll die Abwehr von Interkontinentalraketen möglich sein. Beim Gipfel in Chicago wurde Smart Defence (= intelligente Verteidigung) zur offiziellen Politik der NATO erhoben. Folglich wurde von den NATO-Staats- und Regierungschefs ein Paket von mehr als 20 multinationalen Gemeinschaftsprojekten beschlossen, das sich in etwa 120 Einzelprojekte unterteilt. In Zeiten sinkender Verteidigungsbudgets suchen die NATO-Staaten nach einer Lösung, wie sie ihre militärische Schlagkraft erhöhen können. Smart Defence würde auch bedeuten: Mehr Kooperation, weniger nationale Eigenständigkeit.

Als sich die Kämpfe in Syrien 2012 landesweit ausweiteten, erreichten Flüchtlingsströme aus Syrien und auch die Kämpfe selbst die türkische Grenze. Am 3. Oktober 2012 erwiderten türkische Soldaten das Artilleriefeuer aus Syrien, nachdem erstmals türkisches Hoheitsgebiet getroffen wurde. Nach diesem Schusswechsel erklärte die NATO, dass sie der Türkei im Fall einer Verschlimmerung der Lage beistehen werde. Durch die Bedrohung der Grenzstädte hatte die Türkei die NATO ersucht, Patriot-Raketenabwehrsysteme aus Deutschland, den Niederlanden und den USA nahe der Grenze zu Syrien zu stationieren. Die Patriots sollen aus türkischer Sicht nicht nur das NATO-Territorium gegen Luftangriffe und Raketenbeschuss schützen, sondern auch abschreckend auf das syrische Militär wirken. Am 22. Dezember 2012 hatten Deutschland, die Niederlande und die USA grünes Licht für den Stationierungsort der Batterien gegeben.

Bewertung der letzten sechs Monate

Die USA werden ihren „European Phased Adaptive Approach (EPAA)“ dem NATO-Raketenabwehrsystem zur Verfügung stellen. Es handelt sich bei der „Anfangsfähigkeit“ der NATO-Raketenabwehr vom Mai 2012 um den Beginn einer langwierigen Entwicklung

operativ einsetzbarer Systeme, der Schutzschirm soll bis 2020 aufgespannt sein. Die NATO-Mitgliedstaaten verpflichteten sich, mehr als eine Mrd. US-Dollar in die für das Abwehrsystem notwendigen Führungs- und Kommunikationssysteme zu investieren. Die NATO hatte mehrmals betont, dass sich das NATO-Abwehrsystem nicht gegen Russland richten wird. Gegen die Vielzahl russischer Raketen (nach dem New START-Vertrag sind noch 1.550 erlaubt) könnte der Raketenabwehrschirm zudem überhaupt keinen Schutz bieten. Dadurch wird somit die nukleare Abschreckung Russlands nicht im Geringsten beeinträchtigt. Nach Angabe der NATO sollen mögliche Raketenangriffe aus dem Iran abgewehrt werden. Nach dem Abzug der US- und NATO-Truppen aus Afghanistan und der bevorstehenden Einleitung einer neuen Militärmission seitens der NATO bleibt die Sicherheit in Zentralasien ein Hauptanliegen der westlichen Allianz. Gemeinsam mit Bündnissen und Partnerationen soll dieser Raum stabiler gemacht werden. So bleiben Partner für die Allianz unverändert relevant, auch im Raum Zentralasien: die Mongolei wurde im Mai 2012 NATO-Partner. Seinen Smart Defence-Vorschlag hatte Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen insbesondere an die europäischen NATO-Verbündeten gerichtet. Bei der Operation „Unified Protector“ in Libyen (März bis Oktober 2011) wurde wie bei den NATO-Operationen zuvor (ehemaliges Jugoslawien 1999 sowie in Afghanistan seit 2003) die Abhängigkeit der Europäer von den USA in den unterschiedlichen Bereichen der modernen Kriegführung und Logistik wieder mehr als deutlich sichtbar. Ziel der Smart Defence-Initiative ist es, die Kluft zwischen steigenden Anforderungen in Hinblick auf gegenwärtige und künftige Bedrohungen wie Terrorismus, Cyber-Angriffe, Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Piraterie einerseits und den zum Teil massiv sinkenden Haushalten im Verteidigungsbereich andererseits nicht noch größer werden zu lassen. Smart Defence soll vor allem verhindern, dass die europäischen NATO-Verbündeten durch unkoordinierte Einsparungen weitere militärische Kernfähigkeiten verlieren. Die im Januar 2013 installierten Patriot-Systeme in der Türkei bleiben weiterhin defensiv, eine Zuhilfenahme der Patriots zur Durchsetzung einer Flugverbotszone oder für offensive Maßnahmen gegen Syrien wird seitens der NATO ausgeschlossen.

Ausblick auf die nächsten sechs Monate

In Übereinstimmung mit den geltenden Prozessen kündigte Afghanistans Präsident Hamid Karzai am 31. Dezember 2012 die vierte Tranche der Transition an, mit der in den nächsten Monaten fast 90 Prozent der Bevölkerung unter afghanischer Sicherheitsverantwortung stehen werden. Die fünfte und letzte Tranche ist für Mitte 2013 vorgesehen. Bis 2014 sollen die afghanischen Sicherheitskräfte vollständige Kontrolle über ihr Land erlangen. Gemäß der beim NATO-Gipfel in Lissabon 2010 unterzeichneten Andauernden Partnerschaft soll die NATO-Mission in Afghanistan (ISAF) von einem Kampfeinsatz ab Januar 2015 in eine neue Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmission übergehen. Diese neue Mission soll wie die ISAF auf der Grundlage eines UN-Mandats auch für Länder offen stehen, die dem Bündnis nicht angehören – Australien und einige europäische Partner haben Bereitschaft zur Teilnahme an der künftigen NATO-Mission bekundet. Innerhalb der Allianz wird mit einer Stärke von 10.000 bis 30.000 Soldaten für die neue Mission gerechnet.

Bis 2016 sollen die NATO-Kommandostrukturen schlanker und effizienter werden. Smart Defence – also „kluge Verteidigung“ – lautet auch in diesem Kontext das Schlagwort der NATO: mehr Sicherheit für weniger Geld durch gemeinsame Entwicklung und Beschaffung von wirksamen Mitteln und Fähigkeiten sowie intensive Kooperation bei der Ausbildung. Die NATO-Initiative Smart Defence sowie jene der EU (Pooling & Sharing) sollen komplementär sein und sich gegenseitig stärken. Zudem sollen im Zuge der Connected Forces Initiative Ausbildung und Training intensiviert werden, um vor allem die in den Einsätzen gewonnene Interoperabilität und Erfahrungen zu erhalten. Auch Partner sind dazu dezidiert eingeladen.

Globale Wirtschaftsentwicklung

Die „alten“ entwickelten Mächte werden weiterhin nur einen begrenzten Beitrag zu globaler Nachfrage und Wachstum leisten. Der IWF rechnet für 2013 in den USA mit einem Wachstum von 2,1%, in Japan von 1,2% und in der Euro-Zone gerade einmal von 0,2%. Teilweise werden durch die neuen Mächte und Schwellenländer (z.B. China +8,2%, Brasilien +4%, Indien +6%) diese schwachen Prognosen ausgeglichen. Der IWF erwartet daher ein weltweites Wachstum von 3,6%. Generell verschieben sich derzeit die Anteile am globalen BIP weiter und die neuen Mächte und Schwellenländer werden auch in der industriellen Wertschöpfungskette aufsteigen. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass in den nächsten Jahren das Wachstum der „aufstrebenden Volkswirtschaften“ sinken wird, da sie von ihren strukturellen Herausforderungen gehemmt werden.

Die globale wirtschaftliche Interdependenz wird sich zukünftig weiter verstärken. Nicht nur die weiterhin hohen Handelsvolumina, sondern auch die Verflechtungen der Finanzmärkte verursachen dabei starke wechselseitige Abhängigkeiten. Unter anderem durch den Einsatz von Chinas Währungsreserven, die etwa ein Drittel der international verfügbaren Reserven ausmachen, steigt dabei vor allem die Verwundbarkeit der verschuldeten europäischen, amerikanischen und japanischen Nationalökonomien. China nutzt seine Reserven, um unter anderem sowohl US-amerikanische, japanische als auch europäische Staatsanleihen zu halten. Diese Position Pekings wird sich in absehbarer Zukunft weiter verstärken. China hätte damit zwar die Macht, die Staatsschuldenkrise der betroffenen Staaten anzuheizen, doch kann- auf Grund der damit verbundenen negativen Auswirkungen auf China selbst- davon ausgegangen werden, dass China vorerst kein Interesse an einem solchen Schritt hat. Auch wenn im Gesamtumfang der weltweiten Direktinvestitionen China noch ein Nettoempfänger ist und nicht einmal 5% der weltweiten Direktinvestitionen tätigt, werden die jährlich steigenden chinesischen Direktinvestitionen im Ausland zu einem nicht unbeträchtlichen Teil nach strategischen Gesichtspunkten getätigt. Durch diese Faktoren wird Rolle und Mitspracherecht der aufstrebenden Mächte, vor allem Chinas, sowohl in bilateralen Angelegenheiten aber auch in internationalen Gremien, wie beispielsweise dem IWF, weiter an Bedeutung gewinnen. Ein weiterer relevanter Faktor der globalen Wirtschaftsbeziehungen ist der massiv steigende Bedarf an Rohstoffen, der zu einem Wettbewerb der rohstoffnachfragenden Mächten zur Absicherung ihres Bedarfs führt.

USA:

Wenn die USA nicht in der Lage sind, ihr Defizit zu senken, besteht die Gefahr einer Rezession. Die erbitterte Rivalität zwischen Demokraten und Republikanern lässt befürchten, dass Stillstand zur dominierenden Größe in der Innen- und Wirtschaftspolitik der USA wird. Wachstum wird damit jedoch nicht geschaffen und auch die astronomische Staatsverschuldung wird nicht reduziert werden. Eine echte Rezession in den USA hätte jedenfalls auch Auswirkungen auf die globale Situation.

Europa:

Der nunmehr auf Dauer angelegte ESM soll den Euro langfristig stabilisieren. Zahlreiche Experten, unter ihnen beispielsweise IWF-Chefin Cristine Lagarde, betrachten jedoch die Größenordnung des ESM als unzureichend. Notwendige Reform- und Sparmaßnahmen werden wohl nur zäh und begrenzt wirksam werden und die europäische Wirtschaft wird vorerst stagnieren bzw. eventuell leicht rezessiv sein. Auch wenn sich die EU-Staaten mehr Haushaltsdisziplin zugesagt haben, wird die sogenannte Eurokrise weitergehen, wie zuletzt auch der scheidende Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker festgestellt hat. Grund dafür ist wohl auch, dass der „Leidensdruck“, um ernsthafte strukturelle Veränderungen durchzuführen, (noch) nicht hoch genug ist. Dies ist aber angesichts zunehmend sinkender Wettbewerbsfähigkeit am globalen Markt, teilweise sehr hoher Arbeitslosenquoten

insbesondere unter jungen Arbeitnehmern und einer schwachen Konjunktur äußerst problematisch. Ein befürchteter Zusammenbruch des Euro wird aber nicht stattfinden, wenn auch die Gemeinschaftswährung weiter an Wert verlieren wird. Ob die währungspolitisch notwendige politische Vereinheitlichung realisiert wird, ist heftig anzuzweifeln. Eine Kombination aus nationalistischen Motiven und massive Skepsis gegenüber gesamteuropäischen Strukturen und Institutionen werden somit auch Auswirkungen auf die weiteren wirtschaftlichen Entwicklungen des europäischen Marktes haben. Es ist sogar fraglich, ob sich die EU überhaupt zu der Entscheidung, zu einer politischen Union mit Transferzahlungen zu werden, durchringen kann oder zur vormaligen Währungsunion zurückkehren wird. Es ist eher weiteres ad hoc-Handeln zu erwarten. Eine gebündelte Nutzung der wirtschaftspolitischen Macht der europäischen Einzelstaaten ist - wie in anderen Politikfeldern - weiterhin nicht zu erwarten.

Dennoch halten viele außereuropäische Akteure, wie beispielsweise die thailändische Ministerpräsidentin Yingluck Shinawatra, die europäischen Volkswirtschaften weiterhin für „Hauptquellen von Technologie und Innovation, Kreativität und Gestaltung“.

Japan:

Die japanische Wirtschaft hat zwar große strukturelle Probleme und auch durch die zunehmende Überalterung schwierige Aufgaben zu lösen, ist aber dennoch weiterhin im internationalen Handel und in der Hochtechnologie ein relevanter Akteur. International eher passiv, jedenfalls aber kooperativ positioniert, wurde Japan zuletzt in den Senkaku/Diaoyu-Inselstreit mit China involviert. Da Japans Wirtschaft stark rohstoffabhängig ist, besteht eine – wenn auch geringe - Gefahr, dass es an dieser Linie zu einem nicht nur wirtschaftlichen Konflikt zwischen den führenden asiatischen Wirtschaftsmächten kommt.

China:

Die Wirtschaft des wichtigsten neuen globalen Akteurs wird weiter wachsen, aber nicht mehr im Tempo vergangener Jahre. Dennoch wird es der chinesischen Führung auch weiterhin gelingen, durch Wohlstandsvermehrung die Massen auf Linie zu halten. Gleichzeitig geben die wirtschaftlichen Erfolge der Führung Handlungsspielräume für internationale Investitionen, Erschließung weiterer bzw. Festigung aktueller Rohstoffmärkte.

Die treibende Kraft der chinesischen Wirtschaft wird, noch deutlicher als in den vergangenen Jahren, der nationale Konsum sein. Basis dafür ist die stetig wachsende Mittelklasse des Landes, die zumindest vorerst auch politisch mit steigendem Wohlstand und Konsum befriedet werden kann.

Chinesische Auslandsinvestitionen haben vor allem durch staatliche bzw. staatsnahe Akteure strategische Dimensionen. China möchte durch solche Aktivitäten eigene Abhängigkeiten sowohl hinsichtlich notwendiger Rohstoffimporte als auch hinsichtlich eigener Absatzmärkte reduzieren. Es wird sich weisen, wie die Zielmärkte, insbesondere aber die global wirkenden Akteure Nordamerikas und Europas, diese Aktivitäten einzudämmen versuchen. Zuletzt hat Kanada einen ersten Regelkatalog für ausländische Investitionen, vor allem für die eigene Ölindustrie, beschlossen. Es kann davon ausgegangen werden, dass China seine wirtschaftliche Potenz diesbezüglich zielgerichtet einsetzt. Diese Investitionsbestrebungen chinesischer Unternehmer und die unterbewertete chinesische Währung werden aber vor allem zu Friktionen zwischen der aktuellen und der zukünftigen Supermacht, USA bzw. China, führen. Dadurch, dass sich die Führer beider Länder in absehbarer Zeit keiner Wahl zu stellen haben und somit auf innenpolitisch populistisch bedingte Aggressionen weitgehend verzichten können, lässt jedoch berechtigterweise eine schlussendlich kooperative Handelspolitik erwarten.

In anderen Zielmärkten chinesischer Auslandsinvestitionen wie in benachbarten asiatischen Ländern, Zentralasien, Afrika aber auch in Australien wird das Engagement weniger kritisch sondern überwiegend positiv betrachtet.

Regionale Mächte und Schwellenländer:

Insbesondere die Probleme Europas und der USA werden auch weiterhin Auswirkungen auf die Schwellenländer haben. Dennoch ist für diese Länder auf Grund der steigenden Inlandsnachfrage, insbesondere im Konsumbereich, weiterhin Wachstum zu erwarten.

Russlands wirtschaftliche Potenz ist, trotz anhaltend hoher Öleinnahmen, beschränkt, da innenpolitische Stabilität und Wachstum als Grundlagen für die Absicherung der Herrschaft Putins keinen relevanten Spielraum lassen. Die zentralasiatischen Verbündeten können sich damit zwar weiter emanzipieren, werden aber eng verbunden bleiben. Russische Machtprojektionen außerhalb des engen Interessensraumes sind aus wirtschaftlicher Sicht eher nicht zu erwarten.

Seine Energieautarkie sowie die generelle wirtschaftliche Entwicklung erlauben Brasilien – trotz kurzfristig reduzierter Wachstumserwartungen - zunehmend eine selbstbewusste internationale Rolle einzunehmen. Die Sicherung potentieller Rohstoffquellen bzw. Märkte in der Antarktis und in Afrika wird in absehbarer Zeit jedoch ausschließlich mit friedlichen Mitteln erfolgen. Die wirtschaftliche Potenz erlaubt Brasilien aber mittelfristig den Ausbau seiner Streitkräfte und langfristig die Projektion eigener Macht.

Andere regionale Mächte, wie Indien, Indonesien, Südafrika oder die Türkei treten ungeachtet ihrer Relevanz im internationalen Handelsaustausch nur begrenzt als internationale Akteure auf. Beispielsweise hat Indien -auf Grund seiner einerseits noch immer begrenzten Integration in die Weltwirtschaft, andererseits auf Grund hoher Haushaltsdefizite - nur einen begrenzten Handlungsspielraum innerhalb der globalen Weltwirtschaft. Andere Mächte haben enorme interne Probleme zu bewältigen und sind daher nicht in der Lage, ihren Willen nach außen zu projizieren.

Rohstoffe:

Der Bedarf an Rohstoffen birgt ein nicht unerhebliches Risikopotential in sich. Einerseits geht es dabei um territoriale Fragen wie die Herrschaft über Meeresgebiete bzw. umstrittene Inseln – wie zuletzt den Senkaku/Diaoyu-, oder den Spratly-Inseln -, oder bisher nur begrenzt erschlossener Rohstofflager im arktischen und antarktischen Bereich, andererseits um die Frage der (wirtschaftlichen) Dominanz in Rohstoff-exportierenden Staaten, vor allem Afrikas und Zentralasiens. Beide Themen werden nicht in den nächsten Monaten entschieden werden, sondern uns noch Jahre beschäftigen.

Die Finanzministerin Nigerias stelle beispielsweise unmissverständlich klar, dass China 2013 den größten Einfluss auf Afrika haben wird. Zentrale Grundlage dieser Beziehung ist Chinas Interesse an Rohstoffen. China verbreitert sein Engagement aus strategischen Überlegungen weiterhin zusehends auch in andere Wirtschaftsbereiche und durch Infrastrukturprojekte. Inwieweit konkurrierende Mächte hier gegensteuern werden, ist abzuwarten.

Singuläre Ereignisse können auf Basis solcher Konflikte jedoch rasch zu akuten Problemfeldern heranwachsen. Auf Grund der Gefährdung relevanter Handelsströme, wie beispielsweise derer zwischen Japan und China, sind bei einer Eskalation auch negative Auswirkungen auf die globale Wirtschaft nicht auszuschließen.

Konferenzen und Abkommen

Konferenz über eine Nuklearwaffenfreie Zone im Nahen Osten

Eine für Ende Dezember geplante internationale Konferenz über die Errichtung einer Massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen Osten (Middle East Weapons of Mass Destruction Free Zone, MEWMDFZ) in Helsinki wurde Anfang Dezember abgesagt. Der Hauptgrund für die Absage lag vor allem darin, dass Israel eine Teilnahme ablehnte. Dies könnte darin begründet sein, dass die Regierung befürchtete, durch eine solche Konferenz unter Zugzwang zu geraten, die eigene nukleare Monopolstellung aufzugeben. Offiziell konnten sich die USA, Großbritannien und Russland nicht auf eine gemeinsame Erklärung und die Bekanntgabe eines neuen Termins einigen. Die US-Regierung teilte lediglich mit, dass die Konferenz erst einmal abgesagt sei. Washington machte dafür die gegenwärtigen Umstände im Nahen Osten verantwortlich, ohne allerdings Israels Weigerung beim Namen zu nennen.

Ob die Konferenz, wie von verschiedenen Seiten geäußert, evtl. doch noch in der ersten Jahreshälfte 2013 stattfinden könnte, hängt von verschiedenen Faktoren ab. So unter anderem davon, inwieweit es bei den Verhandlungen über das iranische Atomprogramm zu einer Annäherung kommt. Sollten diese Gespräche wie bisher ergebnislos bleiben, könnten Israel und die USA wieder verstärkt mit einem Angriff auf den Iran drohen. Dass unter diesen Bedingungen gleichzeitig eine Konferenz über einen massenvernichtungswaffenfreien Nahen Osten stattfindet, ist unwahrscheinlich. Ebenso werden die weitere Entwicklung in Syrien bzw. im israelisch-palästinensischen Konflikt sowie letztlich der Ausgang der Wahlen in Israel am 22. Jänner 2013 bestimmend sein.

Eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten war erstmals 1974 gemeinsam von Ägypten und dem Iran vorgeschlagen worden. 1995 beschlossen die Unterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrages (NPT), eine Konferenz einzuberufen, auf der es um die Schaffung einer Zone im Nahen Osten gehen soll, die frei von allen Massenvernichtungswaffen ist. Auf Druck vor allem der arabischen und übrigen nichtpaktgebundenen Staaten wurde 2010 auf der Überprüfungskonferenz des NPT als konkreter Termin Ende Dezember 2012 festgelegt. Um Israel eine Konferenzteilnahme zu erleichtern, wurde das Mandat für das Treffen sehr weit gefasst, welches nicht nur Nuklearwaffen, sondern auch biologische und chemische Waffen sowie Trägersysteme umfasst. Das Mandat ist grundsätzlich also so weit gefasst, dass die Chance einen Kompromiss zu finden, günstig wären.

Konferenz der Blockfreien Staaten

Vom 29. – 31. August fand in Teheran der Gipfel der Blockfreien (Non-Allied-Movement, NAM) statt. Im Vorfeld hatte der Iran gehofft, sich als regionale Großmacht positionieren und seine eigene Position stärken zu können. Der Gipfel sollte das Land aus der internationalen Isolation herausholen, Irans Position im Atomkonflikt stärken, den eigenen Plan für die Beilegung der Krise in Syrien unterstützen und die Front gegen Israel verstärken.

Diese Hoffnungen des Irans wurden jedoch schon zu Beginn unterminiert, als klar war, dass lediglich 29 Staatsoberhäupter von 138 Mitgliedern der Blockfreien Staaten an der Konferenz teilnehmen würden. Diese geringe Zahl ist in der Geschichte der Blockfreien einmalig.

Der Auftritt des ägyptischen Präsidenten Mursi, der den Aufstand in Syrien als eine Revolution bezeichnete, deren Unterstützung „eine moralische Pflicht sowie eine politische und strategische Notwendigkeit“ sei, war ein weiterer Schlag gegen die Staatsführung in Teheran. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang war die Tatsache, dass die Ausführungen Mursis zu den Vorgängen in den Staaten Nordafrikas und des Persischen Golfs in offiziellen iranischen Medien als „islamisches Erwachen“ übersetzt wurden.

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon seinerseits hatte sich bereits im Vorfeld in Gesprächen mit Revolutionsführer Chamenei, Staatspräsidenten Ahmadinedschad sowie Parlaments-

präsidenten Laridschani besorgt über die Lage der Menschenrechte im Iran und über das iranische Atomprogramm geäußert und die Attacken Teherans gegen Israel scharf kritisiert. Auf dem Gipfel wurde er noch deutlicher und forderte den Iran auf, sich „vollständig den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats unterzuordnen“ und mit der IAEA zusammenzuarbeiten. Der Iran müsse im Interesse „des Friedens und der Sicherheit in der Region und der Welt“ den friedlichen Charakter seines Atomprogramms nachweisen und damit das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft wieder herstellen. Zudem warnte Ban auch im Hinblick auf Israels Kriegsdrohungen gegen den Iran „alle Seiten“ vor „provokanten Drohungen“. Diese könnten „rasch zu einer Spirale der Gewalt“ führen. Und schließlich griff der UN-Generalsekretär den Iran wegen seiner Position gegen Israel und zum Holocaust an. Er verurteilte „entschieden“ jede Drohung eines UN-Mitglieds, ein anderes zu zerstören, ebenso wie die „empörende“ Leugnung der „historischen Tatsache des Holocaust“.

Revolutionsführer Chamenei beteuerte hingegen, dass der Iran niemals die Absicht hatte, Atomwaffen herzustellen, betonte jedoch zugleich, unter keinen Umständen auf die friedliche Nutzung der Nukleartechnologie verzichten zu wollen. Er übte aber auch scharfe Kritik am Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und bezeichnete ihn als unlogisch und ungerecht. Er sei ein Relikt der Vergangenheit, das die USA benutzen, um der Welt ihre Sichtweise aufzuzwingen.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, wer die Verantwortung für diesen eklatanten Misserfolg des Gipfels für den Iran trägt. Sicherlich nicht allein die Regierung Ahmadinedschads. Sonst wäre diese, die ohnehin seit Monaten in der Schusslinie der Medien und Abgeordneten des Parlaments steht, einem Hagel von Kritik ausgesetzt gewesen. Dass im Iran von offizieller und medialer Seite mehr oder weniger über den Misserfolg geschwiegen wurde und man eher versuchte, die politischen Folgen der Fehler herunterzuspielen, deutet jedoch darauf hin, dass auch der Revolutionsführer und sein Team an den Entscheidungen direkt beteiligt waren.

UN-Vollversammlung

Die diesjährige UN-Vollversammlung im September wurde von den Vorgängen im Nahen und Mittleren Osten überschattet. Bereits vor Beginn der Generaldebatte der Versammlung sorgte der iranische Präsident Ahmadinedschad für einen Eklat, indem er auf einer Konferenz zur Rechtsstaatlichkeit Israel ein "künstliches Regime", das von den USA gestützt werde, nannte. Ahmadinedschad kritisierte die israelische Besatzungspolitik in den palästinensischen Gebieten und rief die internationale Gemeinschaft auf, "die Besatzer zur Verantwortung zu ziehen und sich darum zu bemühen, die besetzten Gebiete ihren rechtmäßigen Besitzern zurückzugeben". Der israelische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Ron Prosor, verließ daraufhin den Saal. "Ahmadinedschad hat wieder einmal gezeigt, dass er nicht nur die Zukunft des jüdischen Volkes bedroht, sondern dass er auch dessen Vergangenheit auslöschen will", sagte Prosor. "Dreitausend Jahre jüdischer Geschichte zeigen, dass es gefährlich ist, Fanatiker wie den iranischen Präsidenten zu ignorieren, gerade wenn sie sich Nuklearwaffen verschaffen wollen."

US-Präsident Obama nutzte seinen Auftritt am 25. September für eine scharfe Warnung an den Iran. Die USA würden „alles tun, was sie müssen, um Teheran die Atombombe zu verwehren“, sagte der Präsident. Ein nuklear bewaffneter Iran würde die Gefahr einer „Auslöschung Israels“ bergen. Außerdem wären die Sicherheit der Golfstaaten und die Stabilität der Weltwirtschaft bedroht.

Irans Präsident Ahmadinedschad forderte in seiner Rede nichts Geringeres als eine „neue Weltordnung“. Die „selbst ernannten Zentren der Macht“, die sich „dem Teufel“ verschrieben hätten, seien Schuld an der „gegenwärtigen Lage der Welt“, sagte er am 27. September vor der UN-Vollversammlung. „Es besteht kein Zweifel, dass die Welt eine neue Ordnung und frische Denkweise braucht.“

Israels Ministerpräsident Netanjahu verglich indes den Iran am 27. September mit dem Terrornetzwerk Al-Kaida. Es mache keinen großen Unterschied, ob Al-Kaida oder das Regime in Teheran über Atomwaffen verfüge, sagte er. Es gehe um das „Überleben seines Landes“, so Netanjahu. Alle Verhandlungen hätten bislang nichts gebracht. Erneut forderte er klare Kriterien für ein militärisches Vorgehen gegen Iran, eine "rote Linie". In der Vergangenheit hatte er von den USA ein derartiges Ultimatum gefordert, allerdings ohne Erfolg. Bei seiner Rede zeigte er ein Bild, das eine Bombe mit Zündschnur und drei Level darstellte, die den Fortschritt des iranischen Atom-Programms markieren würden. Unter Berufung auf die IAEA sagte Netanjahu, dass der Iran 70 Prozent des Urans angereichert habe, das er für Atomwaffen benötige. Im nächsten Frühling, spätestens aber im Sommer dürfte Iran dann nur noch „wenige Monate oder Wochen“ von der Bombe entfernt sein, warnte er.

UN-Klimakonferenz in Doha

Vom 26. - bis 10. Dezember tagte in Doha (Katar) die diesjährige UN-Klimakonferenz. Auf dem UN-Klimagipfel im südafrikanischen Durban vor einem Jahr wurde ein Fahrplan für ein Nachfolgeabkommen des ausgelaufenen Kyoto-Protokolls von 1997, des einzigen globalen Klimaabkommens, das verbindliche Vorgaben für die Emission von Treibhausgasen macht, beschlossen. Demnach soll bis zum Jahr 2015 ein neuer Vertrag ausgehandelt werden, der ab dem Jahr 2020 wirksam wird. Die Teilnehmerstaaten des Gipfels konnten sich jedoch nur auf einen Minimalkompromiss einigen, der vorsieht, das Kyoto-Protokoll bis 2020 zu verlängern. Die Eckpunkte dieses Kompromisses sind:

- Die 27 EU-Länder und zehn weitere Staaten verpflichten sich zu festen Reduktionszielen in einer zweiten Kyoto-Runde (Kyoto II) bis Ende 2020. Die EU möchte ihre Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 bis dahin um 20 Prozent reduzieren. Die Kyoto-Länder streben an, bis 30. April 2014 ihre Klimaziele möglichst zu erhöhen. (Die Kyoto-Länder stoßen zwar nur 15 Prozent der weltweiten Treibhausgase aus, der Vertrag gilt jedoch als wichtig, damit auch Schwellenländer nachziehen. Japan, Neuseeland, Russland haben im Kyoto-Prozess aber keine festen Klimaziele mehr. Kanada ist zudem ausgetreten, die USA sind überhaupt nicht dabei.)
- Bei Kyoto II dürfen die Staaten nur noch eingeschränkt mit Emissionsgutscheinen handeln. Was mit den Verschmutzungsrechten nach 2020 geschieht, ist offen. Dass es in Kyoto II überhaupt eine Handelserlaubnis gibt, gilt als Zugeständnis an Polen, das wie Russland viel weniger Treibhausgase ausstößt als erlaubt und deshalb auf Emissionsgutscheinen sitzt.
- Zu den sechs Hauptverursachern der Klimaerwärmung kommt Stickstofftrifluorid hinzu. Es dient u.a. der Produktion von Flachbildschirmen oder Solarzellen und ersetzt Fluorkohlenstoffe. Seine Menge ist stark gestiegen; es ist mehr als 17.000mal klimaschädlicher als CO₂.
- Ärmere Staaten bekommen mehr Geld für den Einsatz klimafreundlicher Energien und die Anpassung an den Klimawandel: Wie der Gesamtbetrag auf 77 Mrd. Euro steigen soll, die ab 2020 jährlich versprochen sind, ist unklar.

UN Arms Trade Treaty

Am 28. Juli 2012 ging nach vierwöchigen Gesprächen die UN-Konferenz für ein weltweites Waffenhandelsabkommen (UN Arms Trade Treaty; ATT) ohne Ergebnis zu Ende. Die UN-Vollversammlung hatte bereits 2006 beschlossen, auf ein internationales Abkommen zur Regulierung des Waffenhandels hinzuarbeiten. Die USA stimmten damals dagegen. US-Präsident Obama revidierte dann die Position seines Vorgängers George W. Bush und unterstützte eine Resolution, durch die diese Konferenz erst zustande kam.

Auf der Konferenz sollte der erste weltweite Waffenhandelskontrollvertrag ausgearbeitet werden. Für das Scheitern der Gespräche wurden vor allem die USA und Russland verantwortlich gemacht. So hätten die Delegationen kurz vor Tagungsende um mehr Zeit gebeten, sich zum finalen Entwurf für das Abkommen zu äußern. Andere Länder wie etwa China und Ägypten seien diesem Beispiel gefolgt. Der Kontrollvertrag soll dazu führen, dass jedes Land prüfen muss, ob mit den gelieferten Waffen "schwere Menschenrechtsverletzungen" begangen werden könnten. In diesem Fall soll der Verkauf unterbunden werden. Zwar anerkennen die meisten Länder die Notwendigkeit einer Vereinbarung, die Transparenz und klare Regeln schafft, jedoch wollen viele Staaten Ausnahmen durchsetzen. Die USA wollen etwa nicht, dass der Vertrag auch den Handel mit Munition inkludiert. China sieht seine Geschäfte mit leichten Waffen in Entwicklungsländer in Gefahr.

Insgesamt 90 Länder, darunter alle EU-Staaten und die Länder Lateinamerikas, zeigten sich in einer Erklärung angesichts des Ergebnisses der Gespräche "enttäuscht, aber nicht entmutigt". Sie seien zuversichtlich, doch noch zu einer Einigung zu kommen. Der zuletzt vom Konferenzvorsitzenden Roberto Garcia Moritán vorgelegte Entwurf sei dafür eine gute Basis. Nach Tagungsende erklärte Moritán, dass nun die UN-Generalversammlung darüber zu entscheiden habe, ob und wann die Verhandlungen fortgesetzt werden würden.

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon zeigte sich angesichts der jahrelangen Vorbereitung der Konferenz sowie der wochenlangen Verhandlungen ebenfalls enttäuscht. "Das ist ein Rückschlag", sagte er, "wenn auch kein Abbruch des gesamten Projekts." Die teilnehmenden Staaten hätten sich schließlich bereit erklärt, das Ziel eines globalen Waffenhandelsvertrags weiter zu verfolgen.

Nach dem Ende der Konferenz legte Mexiko eine gemeinsame Erklärung von mehr als 90 Ländern vor, in der es hieß, diese seien entschlossen, „ein Waffenabkommen so schnell wie möglich sicherzustellen“.

Studien und Berichte

„Global Trends 2030: Alternative World“

Mitte Dezember 2012 veröffentlichte das US-amerikanische National Intelligence Council (NIC) den Bericht „Global Trends 2030: Alternative World“. Der knapp 130seitige Bericht arbeitet vier sogenannte Megatrends heraus, die heute schon zu beobachten sind, die sich jedoch in den kommenden 15-20 Jahren als die bestimmenden Elemente für eine radikal transformierte Welt entwickeln werden. Zu diesen auch als „tectonic shifts“ bezeichneten Megatrends rechnet NIC: 1. Eine Diffusion der globalen Machtverhältnisse („By 2030, no country - whether the USA, China, no country – will be a hegemonic power“). 2. Eine verstärkte Rolle des Individuums („Individual Empowerment“); 3. Demographische Entwicklungen („The demographic arc of instability will narrow“) und 4. Ressourcenkonflikte, insbesondere um Nahrung und Wasser sowie Energie. Wie sich die transformierte Welt letztlich entwickeln wird, beeinflussen gemäß NIC sechs sogenannte „Game Changer“: 1. Weitere krisenhafte Entwicklung der globalen Wirtschaft; 2. Fähigkeit der Regierungen bzw. Institutionen mit den neuen Gegebenheiten umgehen zu können; 3. Steigen der Konflikthäufigkeit; 4. Steigen von regionalen Instabilitäten; 5. Einfluss neuer Technologien; 6. Rolle der USA. Basierend auf der Interaktion von Megatrends und Game Changer finden sich im Bericht vier Alternativen, wie sich die Welt 2030 darstellen könnte: 1. „Stalled Engines“, welche als das schlechteste Szenario bezeichnet wird und sich durch ein Ansteigen von Konflikten, einem Rückzug der USA und einer Verlangsamung der Globalisierung auszeichnet. 2. „Fusion“: Dies ist aus Sicht des NIC die bestmögliche Option. In dieser „Welt“ kooperieren die USA und China auf einer breiten Basis. 3. „Gini-Out-of-the-Bottle“ geht davon aus, dass es große Gewinner und ebenso große Verlierer zwischen den Staaten als auch innerhalb der Staaten geben wird. Insgesamt wird mit einem Ansteigen von Konflikten gerechnet. Die USA sind nicht länger der „Weltpolizist“. 4. „Nonstate World“. Bei diesem Szenario übernehmen nichtstaatliche Akteure die Rolle der Staaten bei der Bewältigung der neuen Herausforderungen. Keines dieser vier Szenarien wird als unausweichlich oder unwahrscheinlich bezeichnet, wahrscheinlich ist jedoch, dass sich eine Kombination aus diesen vier „alternative worlds“ herausentwickeln wird.

Quelle: <http://www.dni.gov/index.php/about/organization/national-intelligence-council-global-trends>

Klimaschutz-Index 2012

Am Rande des UN-Klimagipfels stellte am 3. Dezember die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch den neuesten Klimaschutz-Index vor. Für den Klimaindex bewerten die Experten die Höhe der Emissionen, den Emissionstrend, den Anteil erneuerbarer Energien und die Klimapolitik. Germanwatch hatte zusammen mit dem Climate Action Network (CAN Europe) 58 Länder untersucht, die für 90 Prozent der weltweiten, energiebedingten Kohlendioxidemissionen verantwortlich sind. Sie berücksichtigten Daten bis zum Jahr 2010. Im Bereich Politik wurden dagegen auch jüngste Entwicklungen einbezogen.

Europa schneidet beim Klimaschutz weltweit am besten ab. Gründe dafür sind die Wirtschaftskrise und eine vergleichsweise gute Klimapolitik.

Die Plätze eins bis drei blieben frei, da keines der 58 untersuchten Industrie- und Schwellenländer nach Ansicht der Autoren genug tut, um den Klimawandel zu bremsen. Bestplatziertes Land im Klimaschutz-Index 2013 ist Dänemark. Die Experten lobten in Dänemark den Trend zu immer weniger CO₂-Emissionen sowie die Klimagesetzgebung. Österreich bekam zwar etwas mehr Punkte als beim letzten Ranking (58,09 statt 54,3), konnte Rang 34 vom letzten Index aber nur halten. Hauptgründe für das schlechte Abschneiden seien

die Verfehlung der Kyoto-Ziele und die mangelhafte Umsetzung des Klimaschutzgesetzes in Österreich. Für eine Überraschung sorgte in diesem Jahr der sechste Platz von Portugal. Bedingt durch die schwere Wirtschaftskrise seien dort - wie auch in Spanien, Italien, Irland und Griechenland - die Emissionen deutlich zurückgegangen. Anders als die übrigen Euro-Krisenländer habe Portugal aber seine positive Klimapolitik fortgeführt. Auch China und die USA hätten in den vergangenen Jahren massiv investiert. Das werteten die Autoren im Falle Chinas als einen "Lichtblick", da sich das Emissionsniveau dort immer weiter verschlechterte. Die USA hätten, ausgehend von einem sehr hohen Emissionsniveau, ihren CO₂-Ausstoß deutlich senken können. Kanada schnitt beim Klimaschutz als schlechtester der Industriestaaten ab (Platz 58). Schlusslichter sind erneut Saudi-Arabien, Iran und Kasachstan; dies vor allem, da sie in erheblichen Ausmaß von ihren Öl- und Gasexporten abhängig sind.

Rang	Staat
1.	-
2.	-
3.	-
4.	Dänemark
5.	Schweden
6.	Portugal
7.	Schweiz
8.	Deutschland
9.	Irland
10.	Großbritannien
34.	Österreich
51.	Singapur
52.	USA
53.	Kroatien
54.	Kanada
55.	Russland
56.	Polen
57.	China
58.	Türkei
59.	Kasachstan
60.	Iran
61.	Saudi-Arabien

Zu den Top Ten der CO₂-Emittenten zählt Germanwatch:

Staat	Index-Rang	Anteil an globalen CO ₂ -Emissionen
Großbritannien	5	1,61%
Deutschland	6	2,59%
Indien	23	5,47%
Südkorea	41	1,78%
Japan	43	3,77%
USA	52	17,91%
Kanada	54	1,80%
Russland	55	5,28%
China	57	23,71%
Iran	60	1,84%

Quelle: <http://www.germanwatch.org/en/ccpi>

Corruption Perception Index 2012

Am 5. Dezember 2012 veröffentlichte Transparency International (TI) den jährlichen Corruption Perception Index (CPI). Der Index ermittelt, wie korrupt die öffentliche Verwaltung in einem Land eingeschätzt wird. Er gründet vor allem auf Studien und Einschätzungen renommierter unabhängiger Institute. Am unbestechlichsten weltweit sind dem Index zufolge Mitarbeiter im öffentlichen Sektor in Dänemark, Finnland und Neuseeland. Alle drei Staaten landeten mit 90 Punkten an der Spitze der Liste. Die Schlusslichter sind Afghanistan, Nordkorea und Somalia, die es nur auf acht Punkte schafften. Am verbreitetsten ist die Korruption in Europa gemäß TI in Griechenland. Mit nur 36 von 100 möglichen Punkten bildet das Land das Schlusslicht in Europa. Österreich liegt mit 69 Punkten auf Rang 25 und damit gleichauf mit Irland. Im Jahr 2005 lag Österreich im weltweiten Ranking noch auf Rang zehn, 2011 auf Platz 16.

Übersicht nicht-korrupte und korrupte Staaten gemäß CPI (max. Punkteanzahl: 100):

Rang	Staat	Punkte
1	Dänemark	90
1	Finnland	90
1	Neu Seeland	90
4	Schweden	88
5	Singapur	87
6	Schweiz	86
7	Australien	85
7	Norwegen	85
9	Kanada	84
9	Niederlande	84
25	Österreich	69
165	Haiti	19
165	Venezuela	19
169	Irak	18
170	Turkmenistan	17
170	Usbekistan	17
172	Myanmar	15
173	Sudan	13
174	Afghanistan	8
174	Nordkorea	8
174	Somalia	8

Quelle: <http://www.transparency.org/cpi2012>

Global Report on Trafficking in Persons 2012

Am 12. Dezember veröffentlichte UNODC den Global Report on Trafficking in Persons 2012. Insgesamt wurden Daten von 132 Staaten ausgewertet. Zwischen 2007 und 2010 wurden Opfer aus 136 Staaten in 118 Ländern entdeckt. Weltweit konnten gemäß Bericht ungefähr 55.000 Opfer und 50.000 Täter in Sachen Menschenhandel ausgemacht werden. 460 Menschenhandelsrouten konnten nachgewiesen werden. Ungefähr die Hälfte der Verschleppungen fand in derselben Region statt, 27 Prozent innerhalb nationaler Grenzen. Eine Ausnahme ist der Nahe Osten, wo die meisten entdeckten Opfer aus Ost- und Südasiens stammten. Menschenhandelsopfer aus Ostasien wurden weltweit in mehr als 60 Ländern entdeckt.

Fast ein Drittel der weltweit gehandelten Menschen sind Kinder. Die Mehrheit der Opfer waren mit 55 bis 60 Prozent Frauen. Auch bei den Kindern stellten Mädchen mit zwei Dritteln die Mehrheit. Zusammengerechnet ergibt dies einen Frauenteil von rund 60 Prozent.

Auffällig dabei sind die großen regionalen Unterschiede: Während in Afrika und im Nahen Osten 68 Prozent aller in der besagten Periode entdeckten Opfer von Menschenhandel Kinder waren, betrug dieser Anteil in Süd- und Ostasien sowie im Pazifik 39 Prozent. In Nord- und Südamerika war diese Quote mit 27 und in Europa mit 16 Prozent geringer.

In Afrika und Asien werden die Opfer vermehrt zur Arbeit gezwungen, in Europa sowie Nord- und Südamerika häufiger sexuell ausgebeutet. In 16 Staaten wurde Menschenhandel zum Zweck von Organtransplantationen nachgewiesen.

Der Report weist auf die niedrige Verurteilungsrate hin: In 16 Prozent der Staaten, aus denen Fälle gemeldet wurden, kam es zwischen 2007 und 2010 zu keinem einzigen Schuldspruch.

Quelle: http://www.ungift.org/doc/knowledgehub/resource-centre/UNODC/Trafficking_in_Persons_2012.pdf

Global Terrorism Index – Capturing the Impact of Terrorism from 2002-2011

Anfang Dezember 2012 veröffentlichte das Institute for Economics and Peace (IEP), eine Australische NGO (gegründet 2009), die erste systematische Studie zur Terrorismusbedrohung in 158 Staaten der Welt für den Zeitraum 2002 – 2011. Der Global Terrorism Index (GTI) aggregiert die Daten der Global Terrorism Database (GTD) nach einem komplexen Zählsystem, welches vier Faktoren inkludiert (terroristische Zwischenfälle/Jahr, Tote durch Terrorismus/Jahr, Verletzte durch Terrorismus/Jahr, geschätzter Sachschaden durch Terrorismus/Jahr) in ein Ranking. Dieses Ranking zeigt auf, in wie weit Staaten vom Terrorismus betroffen sind. Terrorismus wird wie folgt definiert: "...threatened or actual use of illegal force and violence by a non-state actor to attain a political, economic, religious, or social goal through fear, coercion, or intimidation".

Die Analyse belegt unter anderem, dass Nordamerika seit 2001 die am wenigsten von Terrorismus bedrohte Region der Welt gewesen ist. Als die am meisten vom Terrorismus betroffenen Staaten im Jahr 2011 werden genannt:

Rang	Staat
1.	Irak
2.	Pakistan
3.	Afghanistan
4.	Indien
5.	Jemen
6.	Somalia
7.	Nigeria
8.	Thailand
9.	Russland
10.	Philippinen

Österreich findet sich auf Platz 69.

Quelle: <http://www.visionofhumanity.org/wp-content/uploads/2012/12/2012-Global-Terrorism-Index-Report.pdf>

100 Top Global Thinkers 2012

Foreign Policy hat in seiner Ausgabe vom 26. November 2012 eine bemerkenswerte Liste dernach eigener Ansicht hundert einflussreichsten "Globalen Denker" des Jahres 2012 aufgestellt. Obwohl die Zeitschrift nicht begründet, unter welchen Gesichtspunkten die Persönlichkeiten ausgewählt wurden, und noch viel weniger, wie die Reihung zustande kam, lässt sich dennoch ableiten, dass ein tragendes Thema hierbei das Recht auf freie Meinungsäußerung im digitalen Zeitalter ist. Zu den 10 erstgereihten Persönlichkeiten gehören:

1. Aung San Suu Kyi, Thein Sein
2. Moncef Marzouki
3. Bill Clinton, Hillary Clinton
4. Sebastian Thrun
5. Bill Gates, Melinda Gates
6. Malala Yousafzai
7. Barack Obama

Erst auf Platz 12 findet sich mit Angela Merkel die erste europäische Persönlichkeit. In einem Special Report werden die Persönlichkeiten und ihre Ideen kurz vorgestellt.

Quellen: <http://www.foreignpolicy.com/2012globalthinkers>;

http://www.foreignpolicy.com/articles/2012/11/26/the_fp_100_global_thinkers

Welterschöpfungstag am 22. August

Der sogenannte Welterschöpfungstag (Ecological Debt Day; Earth Overshoot Day) fiel 2012 auf den 22. August. Dieses symbolische Datum zeigt an, ab wann global mehr natürliche Ressourcen verbraucht werden, als sie sich erneuern können und die Erde Treibhausgase aufnehmen kann. Der große zeitliche Schritt vom Welterschöpfungstag 2011 (27. September) auf 2012 zeigt allerdings keine dramatische Verschlechterung, sondern ergibt sich aus methodischen Veränderungen bei der Datenerfassung.

Das Global Footprint Network berechnet jährlich die auf der Erde verfügbare Biokapazität und stellt sie dem Ökologischen Fußabdruck gegenüber, also dem Maß für die menschliche Inanspruchnahme der Naturleistungen. Im Moment beansprucht die Menschheit bereits so viele Ressourcen, dass es eineinhalb Erden bedürfte, um diese nachhaltig bereitzustellen. Bei bestehenden Trends wären noch vor 2050 zwei Planeten von der Qualität der Erde erforderlich, um unseren Lebensstandard zu halten. Würde die ganze Menschheit so leben wie die Österreicher, wären bereits heute drei Planeten von der Qualität der Erde erforderlich. Der österreichische Welterschöpfungstag fiel heuer auf den 3. Mai. Der Lebensstil der US-Amerikaner verbraucht derzeit auf das Jahr gerechnet mehr als vier Planeten, der Erschöpfungstag in den USA war schon am 28. März.

Weltrisikobericht 2012: Die gefährlichsten Länder der Welt

Im September wurde der „Weltrisikobericht 2012“ veröffentlicht, der von den Vereinten Nationen gemeinsam mit dem "Bündnis Entwicklung Hilft" und der Umweltschutzorganisation "The Nature Conservancy" erarbeitet wurde. Im Bericht wurden 173 Staaten analysiert und über einen WeltRisikoIndex in einem Ranking zusammengefasst.

Im Grunde eruiert der WeltRisikoIndex die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Land oder eine Region von einer Katastrophe betroffen sein wird. Vier Komponenten charakterisieren dieses Grundverständnis, sie werden durch jeweils fünf Kategorien konkretisiert. Die vier Komponenten wiederum werden als Module mathematisch verknüpft und bilden so den WeltRisikoIndex. Diese vier Komponenten sind:

- Gefährdung/Exposition gegenüber Naturgefahren wie Erdbeben, Wirbelstürme, Überschwemmungen, Dürren und Meeresspiegelanstieg
- Anfälligkeit in Abhängigkeit von Infrastruktur, Ernährung, Wohnsituation und ökonomischen Rahmenbedingungen
- Bewältigungskapazitäten in Abhängigkeit von Regierungsführung, Vorsorge und Frühwarnung, medizinischer Versorgung, sozialer und materieller Absicherung
- Anpassungskapazitäten bezogen auf kommende Naturereignisse, auf den Klimawandel und andere Herausforderungen.

Um das Katastrophenrisiko für möglichst alle Länder der Erde darzustellen, wurden weltweit verfügbare Daten genutzt. Eine der Besonderheiten ist, dass auch Kategorien in die Überlegungen einbezogen wurden, für die bisher keine globale Datenbasis existiert. Während

zum Beispiel die Zahl der Krankenhausbetten oder das Pro-Kopf-Einkommen weltweit auf der Ebene der Nationalstaaten regelmäßig ermittelt werden, sind Daten zur nationalen Katastrophenvorsorgepolitik, zu Selbsthilfekapazitäten, sozialen Netzen und Nachbarschaftshilfe, zur Stadt- und Raumstruktur und zu nationalen Anpassungsstrategien nicht global verfügbar. Diese Kategorien haben aber für die Risikobewertung erhebliche Bedeutung und sind daher im Konzept des WeltRisikoIndex mit aufgeführt.

Der Aufbau des WeltRisikoIndex kann analog für einen lokalen oder regionalen Risiko-Index genutzt werden. Oftmals liegen auf regionaler oder lokaler Ebene andere oder weitere Daten vor, die für eine Risiko-Bewertung relevant sind.

Aufgrund dieser Faktoren ist der südpazifische Inselstaat Vanuatu am meisten durch Naturkatastrophen und ihre Auswirkungen bedroht. Die folgenden Plätze belegen Tonga, die Philippinen und Guatemala. Bemerkenswert ist, dass vor allem Inselstaaten durch den Klimawandel betroffen sind. Viele von ihnen liegen nur noch knapp über dem Meeresspiegel und drohen durch den Anstieg des Meeresspiegels unterzugehen. Deshalb kommt der Weltrisikobericht unter anderem zu dem Schluss, dass Ökosysteme wie Korallenriffe oder Mangrovenwälder besonders geschützt werden müssen.

Österreich wurde auf Rang 135 eingestuft. Das Ergebnis ist vor allem dadurch bedingt, dass es einen relativ hohen Risikowert bei der Häufigkeit von Naturkatastrophen gibt. Dabei ausschlaggebend sind vor allem schwere Hochwasser, wie etwa jenes im Jahr 2002.

Weltweit kam es laut Bericht in der Dekade von 2002 bis 2011 zu 4.130 Katastrophen, die mehr als einer Million Menschen das Leben kosteten. Dabei entstanden Schäden von 1,2 Billionen US-Dollar (930 Mrd. Euro). Für die Studienautoren wurde von der Politik bis dato der Zusammenhang von Umweltzerstörung und Naturkatastrophen viel zu wenig berücksichtigt. Sie fordern vor allem eine stärkere internationale Vernetzung bei den Themen Katastrophenhilfe, Katastrophenvorsorge und Entwicklungsstrategien.

Übersicht zu den zehn am meisten und zehn am wenigsten gefährdeten Staaten der Welt:

Zehn am meisten gefährdete Staaten:	Zehn am wenigsten gefährdete Staaten:
1. Vanuatu	164. Schweden
2. Togo	165. Vereinigte Arabische Emirate
3. Philippinen	166. Bahrain
4. Guatemala	167. Kiribati
5. Bangladesch	168. Island
6. Salomonen	169. Grenada
7. Costa Rica	170. Saudi-Arabien
8. Kambodscha	171. Barbados
9. Timor-Leste	172. Malta
10. El Salvador	173. Katar

Quelle: <http://www.weltrisikobericht.de/Bericht.435.0.html>

International Migration Outlook 2012

Am 27. Juni wurde die aktuelle Ausgabe des Internationalen Migrationsausblicks der OECD vorgestellt. Infolge der Wirtschaftskrise ist die Migration in die 23 OECD-Länder 2010 zwar das dritte Jahr in Folge gesunken, hat aber in den meisten Ländern 2011 wieder zu steigen begonnen. Insgesamt wanderten 4,1 Millionen Migranten dauerhaft in die 23 OECD-Staaten ein. Dies ist ein Rückgang von 2,5 Prozent gegenüber 2009. Der Rückgang machte sich vor allem in den europäischen Ländern, die von der Wirtschaftskrise stark betroffen waren, bemerkbar. So sank die Zuwanderung nach Irland um 55 Prozent, nach Griechenland um 31 Prozent, nach Portugal um 17 Prozent und nach Spanien und Italien jeweils um 10 Prozent.

Bisher verfügbare Daten für das Jahr 2011 deuten außerdem auf eine vermehrte Abwanderung aus diesen Ländern hin.

Innerhalb der EU ging die Personenfreizügigkeit seit Beginn der Krise 2007 um mehr als 450.000 Personen zurück und war damit für rund 75 Prozent des OECD-weiten Rückgangs der Migration verantwortlich. Zudem zeigen die Zahlen für 2011, dass die Zuwanderung 2011 in den meisten europäischen OECD-Ländern, außer in Italien, ebenso wie in Australien und Neuseeland wieder gestiegen ist; Kanada verzeichnete hingegen nach dem Rekordstand 2010 einen erheblichen Rückgang.

Besonderen Anlass zu Besorgnis gebe die Situation von arbeitslosen jungen Migranten, für die es zielgerichteter Politikmaßnahmen bedürfe. In der Zukunft werde sich die Bevölkerungsalterung im OECD-Raum wahrscheinlich erheblich auf die Migrationstrends auswirken. Gleichzeitig ist laut der Organisation nicht klar, wie lange die Zuwanderung hochqualifizierter Kräfte aus Asien noch zunehmen werde, da die Nachfrage in den rasch expandierenden Volkswirtschaften der Region steige. 2010 war China das Hauptherkunftsland der Migranten in den OECD-Raum, fast jeder zehnte Migrant war chinesischer Staatsbürger.

Der Bericht enthält erstmals auch Zahlen zur dauerhaften Einwanderung in die Europäische Union. 2010 sind rund 1,2 Millionen Migranten aus Nicht-EU Ländern in die EU eingewandert, verglichen mit einer Million in die USA. Arbeitsmigration macht 40 Prozent der Zuwanderung in die EU aus, aber nur 6 Prozent der Zuwanderung in die Vereinigten Staaten, wo Dreiviertel der Zuwanderung über Familienmigration erfolgt. Viele Länder haben laut OECD restriktivere Migrationspolitiken eingeführt.

2010 sind laut OECD 98.300 Menschen nach Österreich immigriert, während 66.400 auswanderten. Haupt-Herkunftsland der Migranten ist Deutschland, 17.800 Deutsche kamen 2010 nach Österreich. Weitere Herkunftsländer waren Rumänien, Serbien und Ungarn. Türken machten die fünftgrößte Zuwanderergruppe aus, mit mehr als 4000 waren es etwa so viele wie Polen, Slowaken und Ungarn. Die vorläufigen Zahlen für 2011 weisen auf eine deutliche Steigerung der Migrationsflüsse hin. Die Beschäftigungssituation von Migranten habe sich in Österreich stark verbessert. Seit 2008 ist die Beschäftigungsquote der Migranten demnach um fast zwei Prozentpunkte (auf 67 Prozent) gestiegen, während OECD-weit die Beschäftigungsquote von Migranten krisenbedingt um über drei Prozentpunkte sank. Die Beschäftigungsquote der Migranten in Österreich hatte das höchste Wachstum in der OECD nach Deutschland und Israel.

Quelle: <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/internationalmigrationoutlook2012.htm>

UN World Drug Report 2012

Am 26. Juni, dem Weltdrogentag, wurde von UNODC der diesjährige Welt Drogenbericht 2012 veröffentlicht. Der weltweite Drogenkonsum ist seit Jahren etwa konstant. 27 Millionen Menschen sind drogensüchtig. Knapp zehnmals so viel nehmen ab und zu Drogen. 200.000 Menschen sterben jedes Jahr an den Folgen.

Als grundsätzliche Trends erkennt UNODC, dass Drogen in den Entwicklungs- und Schwellenländern auf dem Vormarsch sind, während der Konsum in den Industrieländern gleich hoch bleibt. Als weiteren wichtigen Trend wird festgestellt, dass weltweit immer mehr synthetische Drogen konsumiert werden. Das Hauptlieferland für Opium ist weiterhin Afghanistan. Hier hat die Opiumproduktion nach einem Rückgang 2010 inzwischen mit 5.800 Tonnen wieder fast den hohen Stand früherer Jahre erreicht. Die weltweite Anbaufläche für Opium liegt bei 2070 Quadratkilometern - mehr als doppelt so viel wie die Fläche des Bundeslands Berlin (890 Quadratkilometer). Coca-Pflanzen wachsen Schätzungen zufolge auf 1490 Quadratkilometern. Die am meisten verbreiteten Drogen sind Haschisch und Marihuana, chemische Drogen (z.B. Ecstasy oder Methamphetamine), Kokain und Heroin.

Quelle: <http://www.unodc.org/unodc/en/data-and-analysis/WDR-2012.html>